

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Montag Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Montag Nr. 927

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schanzstraße Nr. 50/52, und die Post zu bestellen. — Preis vierthalbjährlich 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen mit 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Die Auszugsgebühr beträgt für die viergeschwärzige Beilage oder deren Blätter 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen mit 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 68

Donnerstag, den 22. März 1906

13. Jahrg.

Preis eines Heftes.

Die Lübecker Budgetberatung.

+ Montag war der „große“ Tag gekommen, an dem die Bürgerschaft, wenn sie wollte, Abrechnung halten konnte mit dem Senat; der Tag, an dem ferner alle die Spezialausschüsse der einzigen Bürgerausschusmitglieder zu Gehör gebracht werden konnten. Und das Vierre ist denn auch in aufrichtendem Maße geschehen. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß die Debatte insofern von denen der Vorjahr abstachen, als sie sich teilweise auf einer wesentlichen Höhe bewegten. Das Verblieb hieran gebührt jedoch unfehlig den vier Vertretern der zweitklassigen Bürger, d. h. den Sozialdemokraten. Ihnen ist es zweifellos auch zu verdanken, daß das Staatsbudget nicht, wie sonst immer üblich, in einigen wenigen Stunden durchgepeitscht worden ist, sondern daß hierzu ein achtstündiger Normalarbeitsstag notwendig war.

Entscheiden zu verurteilen ist es, daß die Voranschläge der Bürgerschaft immer erst in letzter Stunde zugegeben, sodass an eine ehrliche Nachprüfung dieser oder jener Position gar nicht gebucht werden kann. Vom Senat und vom Wirtschaftsminister wird bei der Budgetberatung immer brotoat: „Meine Herren, bedenken Sie, daß der Staat acht Tage vor dem 1. April erledigt sein muss.“ Was geht denn das über die Bürgerschaft an? Wenn der Senat den Staat rechtzeitig fertiggestellt haben will, dann möge er gesetzlich dafür sorgen, daß dieser der Bürgerschaft früher zugehört. Er kann es, wenn er will. In anderen Städten, z. B. Hamburg, Kiel u. c. erfolgt die Budgetberatung so rechtzeitig, daß man dort noch gegebenen Falles Zeit genug zur kommissarischen Prüfung einer Position hat. Und was in diesen großen Städten möglich ist, das sollte doch auch in unserem kleinen Staatswesen durchführbar sein.

Nun zu der Beratung selbst. Eingeleitet wurde die Vormittagssitzung mit Nachrichten auf den verstorbene Senator Dr. Behn und Vorsitzender Dr. Beck. Sodann rügte Herr A. Pape, daß der Senat sein Versprechen, versucht welche an den Abendlösungen festzuhalten, nicht erfüllt habe. Weiter monierte er mit vollem Recht das „Wahlstimmrecht“, wie es sich seit langer Zeit in der Bürgerschaft selbst herausgebildet hat und wie es auch am Montag anlässlich der Neuwahl eines Bürgerausschusmitgliedes wieder in die Erscheinung trat. Um es kurz zu sagen, die Wahlen innerhalb der Bürgerschaft werden in den Vorversammlungen vollzogen. Die Wahl in der Bürgerschaft selbst ist nur eine Farce. Mit brennendem Spott belehrte er Herrn Extern Staatsanwalt Dr. Bendahin, daß die Geschäftsführung auch für ihn wahrgenommen sei. Nachdem Herr Nähler zum Bürgerausschusmitglied „erwählt“ war, konnte in die Beratung des Staatsbudgets eingetreten werden.

Den Reigen öffnete Große Wissell, der sich warm der Arbeiter und nicht festungsstelligen Beamten des ländlichen Staates annahm und in 2 Anträgen die Vorlage eines Regulativs und einer Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der genannten Arbeitsschichten, sowie die Vorlage der Arbeitsordnungen forderte. Mit Recht konnte sich unser Redner darauf berufen, daß die Bürgerschaft doch auch ein Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen und staatlichen Arbeiter und Angestellten habe. Und die Notwendigkeit einer solchen Mitbestimmung konnte er an einer auf dem Wasserdauploz erlossenen Arbeitsordnung, die bereits im Jahre 1903 im „Volksboten“ einer scharfen Kritik unterzogen wurde, beweisen. In dieser Arbeitsordnung sind Bestimmungen enthalten, die eines Staatsbetriebes unwürdig sind. Weiter wünschte Redner, daß die Wertsteigerungen, die bei Straßendurchbrüchen bei den großen teilsweise noch nicht ausgebauten Grundstücken eintreten, auch der Allgemeinheit zugute kommen sollen, d. h. daß von dieser Wertsteigerung dem Staat ein Nutzen gezollt werden müsse. Auch nach anderen Richtungen hin lassen sich — so führte Gen. Wissell mit Recht aus — Mehraufnahmen erzielen, ohne daß die unteren und mittleren Schichten bluten müssten. — Die Debatte, in der Gen. Wissell zweimal eingriff ist insofern erwähnenswert, als man sich vor Seiten des Senates sich gegen die Wissenschaftlichen Anträge, die doch gewiß harmloser Natur sind, aussprach. Und als freiwilliger Senatskommissar kam Herr Brecht seinen Senatsfreunden zu Hilfe, indem er den Senat eruchen läßt, die gegenwärtigen Arbeitsordnungen in Staatsbetrieben einer Nachprüfung zu unterziehen. Natürlich folgte die Bürgerschaftsmehrheit dem freiwilligen Senatskommissar und nahm unter Ablehnung der Wissenschaftlichen Anträge den Brechtschen Antrag an. — Die übrigen in der Generaldebatte angeschnittenen Punkte sind nicht von hervorragender Bedeutung.

Aus der nun folgenden Spezialdebatte verdient hervorgehoben zu werden, daß Gen. Wissell bei der Position Einwohnersteuer die Stützung für zu niedrig hält und eine Erhöhung derselben um 40 000 Mk. befürwortete. Sonderbarweise wurde ein diesbezüglicher Antrag von allen Seiten

bekämpft und demzufolge auch abgelehnt. In die weitere Debatte über die einzelnen Positionen griffen die Genossen Schwarz und Pape insofern ein, als erster die amtlichen Bekanntmachungen in einem nur diesem Zwecke dienenden amtlichen Blatte mitgeteilt wünschte und letzterer sie eine Verdünnung der Gebühren für Fleischbeschau plädierte. Hauptsächlich wird diesen berechtigten Wünschen unserer Genossen entsprochen. Dann trat die Mittagspause ein.

In der Abendssitzung wurde die Spezialdebatte fortgesetzt. Unsere vier Genossen stellten auch hier in wissamer Weise ihren Mann. Gen. Wissell forderte mit Recht eine Verlegung des Berichterstattertisches; an dem jüngsten Punkt ist häufig mit dem besten Willen nichts zu verstehen. Verschiedenen Herren, speziell Herrn Dr. Bendah, passt es natürlich nicht, wenn die Berichterstattung mehr in die Mitte des Saales platziert werden. Beif Herrn sie doch, daß diese dann hören, was Herr Dr. Bendah machen will mit dem Wirtschaftsminister zu mitschreiben hat. — Gen. Bruns benutzte die Gelegenheit, um Scheibenungen des Senats zum Schutze der Koalitions- und Arbeitnehmerinnen durchzuführen. — Gen. Pape beschäftigte sich eingehend mit unserem „Goldstädtischen“ Traversende, das uns recht viel Geld kostet, was aber aus dem Budget nicht ersichtlich sei. — Gen. Wissell forderte mit Recht in einem Antrag, daß bei Berggebung von staatlichen und städtischen Arbeiten die hier geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt werden. Mit Knapper Macht wurde dieser berechtigte Antrag abgelehnt — ein Beweis, wie „warm“ das Herz der Bürgerschaftsmehrheit für die Arbeiter schlägt. — Gen. Pape trat häufig für die Errichtung einer Schwimmschule ein und fertigte den trocken Alters gleichzeitig nassewesen Hauptlehrer Hempele gebührend ab. — Gen. Schwarz wünschte, daß die schwachbefähigten jungen Leute bei der Masterung zurückhaltet würden und daß die Handhabe hierzu durch von der Schule an die Militärbehörde zu erstattende Mittelungen gegeben werden. Gen. Wissell wandte sich gegen den Plan, die Zulassung von Kindern zur Freischule zu beschränken. — Auch bei anderen Gelegenheiten beteiligten sich unsere Redner an der Debatte und bewiesen damit, daß ihnen das Wohl des gesamten Volkes das höchste

Um 10 Uhr war die Spezialdebatte erschöpft und das Staatsbudget wurde genehmigt. Damit war auch die Arbeitskraft der Mitglieder erschöpft und es trat Schluss der achtstündigen Sitzung ein.

Politische Rundschau

Deutschland.

Was wird geplant? Alsheimer die erste Meldung von der Befreiungskräfte der Regierung zur Gewährung von Diensten aufzumachen, da vertraten wir sofort die Ansicht, daß die Regierung nicht so ohne weiteres Dienste gewähren würde, daß vielmehr Hand in Hand hiermit eine Aenderung der Geschäftsführung vorgenommen gehen würde. Wie haben uns nicht getäuscht. Wie mehere Blätter melden, ist die Regierung der Meinung, daß die Gewährung von Unwesenheitsgebern allein noch keine Befreiung für eine solche Erledigung der Geschäfte im Reichstage, daß dazu vielmehr eine Aenderung der Geschäftsführung des Reichstages in verschiedenen Punkten notwendig sei. Bilder wird nicht gesagt, noch welche Richtung hin sich diese Aenderung erstreben soll. Plant die Regierung vielleicht eine Verschärfung derselben? Dann wären die Dienste doch sicher zu teuer erkauft.

Aus dem Reichstage. Im Reichstag widmete am Montag Prof. Graf Ballhausen dem verstorbenen Bureauchef des Hauses Knob, einen Orden. Auf der Tagessordnung stand zunächst die dritte Petition mehrerer Reichstagsabgeordneter für unsere, auch so teuren Kolonien. Beim Reichstagsetat für Südwestafrika erklärte sich Große Wiedebour nach der Kriegslogie im Schuh lebhaft und wies die zur höheren Ehre der deutschen Führung generalstabsmäßig unternommene Heraushebung der Kriegstüchtigkeit der Buren gegenüber der der Hereros zurück. Oberst Deimling gab ein ziemlich klares, aber wenig erbauliches Bild der Kriegslogie und eröffnete die angenehme Ansicht, daß im Süden im Gebiet des schmalen Morenga, die Sache noch ein paar Jährchen fortgehen wird. Für die deutschen Steuerzahler nicht sehr fröhlich! Fröhlich der — sonst nicht unpathetische — Oberst hat Trostgründe bei der Hand: den materiellen Schäden stehen nach seiner Beobachtung keuelle Vorteile gegenüber. Die edlen Böller und Bodenreiter applaudierten dem Oberst und heulten auf vor Wut, als Genosse Wiedebour die Art ihres Idealismus ins rechte Licht rückte. — Rich. Bemühung des Reichstagsetats kam den diesjährigen Kolonialsetat an die Reihe. Und zwar zunächst der für Kamerun. Kopisch von der freistaatlichen Volkspartei berichtete den famosen Buttkamer und seine diversen Äffchen. Der Kolonialprinz versuchte in seiner schü-

ternen Weise die Reinwaschung dieses Mohren, welches Geschäft alsbald mit größerer Unbefangenheit, aber mit nicht größerem Glück der getäuschten Afrikareise endete. Die „Eosinen“. Affäre suchte Herr Krebs mit der billigen Bemerkung zu begraben, daß derartige Sünden von Hoch und Niedrig, Alt und Jung begangen werden. Der große Reiter der Peters und Konsorten vergaß, daß es sich nicht um private Viehhändel des Buttkamer — dessen Rücksendung nach Kamerun er so heilig erachtet — sondern um eine recht heile Puschfahrt, also um ein amtliches Dokument, handelt. — Die Redner der bürgerlichen Linken, die Abg. Dr. Ablash und Storch, erklärten sich mit Recht unbesiedigt von den Hohenloheschen Auflösungen und bedienten eine Reihe weiterer Kolonialsünden, System Buttkamer, auf. Erzberger vom Zentrum entwickelte ein umfassendes, leider bisher nur auf dem Papier liegendes Kolonial-Reformprogramm.

Am Dienstag erledigte der Reichstag den Stot für Kaiserstein. Es wurde nebst der vielumstrittenen Reichsgarantie für die Dualabahn bewilligt, der Garantie wurde allerdings eine Resolution angehängt, welche Untersuchung der Tätigkeit der Land- und Bergwerksgesellschaften fordert. Überhaupt war die Mehrheit sehr freigiebig mit Abstimmungen, die über die fortgesetzten Kolonialstreitigkeiten doch ein wenig bestürzten Gewissen der bürgerlichen Abgeordneten und Abgeordneten beruhigen oder beruhigen sollen; als es sich aber darum handelte, Farbe zu bekennen und für unsere Revolution auf sofortige Freilassung der Askalante zu stimmen, da versagte neben den alten Kartellparteien auch das Zentrum mit Ausnahme der Abgeordneten Erzberger, Giesbertz und Müller-Falda. — Das Bild, das die Debatte am Dienstag bot, war etwa dasselbe, wie das der Montagsitzung: die Kolonialverwaltung mit ihrem Prinzen und ihren Gehilfen versuchte sich mit geringem Erfolg in Schäferketten; das Zentrum tabulierte leise und die Rechte lobte leise; nur Krebs entlockte seiner Kolonialpolizei gellernde Stöße. — Die Genossen Wiedebour und Bebel griffen mit ebenso großer Schärfe wie Vredenbäumer das System an, für das der Name Buttkamer bezeichnet wird, das aber keineswegs allein an den Erzger dieses pommerschen Junkernamens geknüpft ist. Eine Ausregung, über die sich reden läßt, gab Herr v. Gerlach: er schlug vor, Kolonialtreffen der Abgeordneten auf Reichstagsfesten an die Stelle der Woermannischen Sprachfestsitzungen zu setzen. — Nur mit indirekten Schwerpunkt steht zunächst der Antrag Liebermann v. Sonnenburg auf der Tagesordnung, der unter der gleichen Kasel des Schutzes der Versammlungsfreiheit schriftstellerische Tendenzen verfolgt.

Wie ein Hahn auf die Fortsetzung der endlichen Beleidigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts nimmt sich eine Vorlage aus, die dem preußischen Abgeordnetenhaus zur „Verbesserung“ des Dreiklassenwahlrechts zugegangen ist. Weit entfernt davon, das vollständige, der größten Ungerechtigkeit Tür und Tor öffnende Dreiklassenwahlrecht wiederherzustellen, versucht es die Vorlage mit allerlei kleinen Mitteln, das die Grundlagen des preußischen Dreiklassenwahlrechts vollständig unberührt läßt. Nur einige Wahltagswahlbezirke sollen geändert werden; eine kleine Veränderung der Abgeordneten von 433 auf 443 wird vorgesehen und einige der schlimmsten Auswüchse des Wahlverfahrens sollen gewidert werden. Das ist alles! Weder an dem Dreiklassenwahlrecht wird etwas geändert; noch wird die indirekte Wahl, die widerstandsfähig aller Reformantragen des Wählers, bestätigt; noch wird die öffentliche Stimmbeteiligung, diese Gefahr aller wirtschaftlich abhängigen Wähler, durch die geheime Wahl erzeugt. Das ist die „Reform“, die die preußische Reaktion dem Volke zu bieten mag! Eine Reform, mit der Preußen um mehr als ein halbes Jahrhundert zurückbleibt hinter den verbesserten Wahlgesetzen, die jetzt in Südwürttemberg zu Stande gekommen sind! Diese preußische Reform wird überall im Lande böses Blut machen. Sie wird die vollendete Unfähigkeit der Reaktion, die berichtigten Forderungen des Volkes auch nur zu begreifen, geschweige die zu erfüllen, aufschlagend erwecken. Sie wird eine mochte Ehrlichkeit im Volke ansachen, denn man Stein gibt statt Brod. Noch niemals aber hat man in Deutschland der Sozialdemokratie dermaßen wirkungsvoll in die Hände gearbeitet, wie es jetzt die preußische Regierung durch die Karikatur einer wütlichen Wahlrechtsverbesserung tut! Unsere preußischen Genossen werden nun mit Feuer und Funken den Kampf gegen dieses Wahlrecht fortführen.

Die Steuerkommission setzte gestern ihre Beratungen fort. Abg. Müller-Falda berichtete über die große Anzahl von Petitionen gegen die Ansichtskartensteuer. In der noch ausstehenden Abstimmung wurde der Entwurf über die Taxabstellen einstimmig abgelehnt. Reichssteuersekretär Dr. Stengel bemerkte hierauf, daß es nicht den Anschein gewinne, als ob die Verbündeten Regierungen mit der vollständigen Abstimmung der Taxabstellen vorlage sich zuschließen gäben, sehe er sich veranlaßt, namens der Verbündeten Regierungen zu erklären, daß, wenn es der Kommission nicht gelingen sollte, für den sich hierauf erge-

genden nachstehenden Rückfall einen auch für die verbündeten Regierungen annehmbaren Erfolg zu finden, diese sich vorbehalten müssten, seinerzeit bei der 2. Beratung im Plenum auf die Erhöhung der Tabaksteuer zurückzukommen. — Es folgte die Beratung des *Bürgerrats* *zu ergreifen* e. s. Abg. Müller-Fulda beantragte, die Beratung mit § 3 der Kommissionsbeschlüsse beginnen zu lassen, über die Entlastung und Stundung der Steuer. Die Kommission beschloß demgemäß. Abg. Held beantragte, nicht bloß von Zigarettenstab und Zigaretten in diesem § 3 zu sprechen, sondern auch die Zigarettenhülsen und -blättchen hier einzubeziehen, sowie zu bestimmen: bei eingeführten Zigarettenhülsen und -blättchen hat die Besteuerung durch den Steuerer bei der Hollaburkung oder, wo eine solche nicht stattfindet, innerhalb drei Tagen nach Empfang zu geschehen.“ Abg. Müller-Fulda schlug vor, eine Subkommission zur Prüfung der Frage einzurichten. In der Abstimmung wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen eine *Subkommission* beschlossen. Die Beratung der Zigarettensteuer wurde abgebrochen. Es folgte dann die Beratung des *Mischkasten* *zu ergreifen* e. s.

Der Stuhhandel, der von den Nationalliberalen im Wahlkreis Hagen vorgeschlagen ist, wurde von den feindlichen Volksparteien abgelehnt. Hoffentlich machen unsere Genossen alle bürgerlichen Berechnungen dadurch zu Schanden, daß sie das Reichstagmandat holen.

Ein Boxenfahrtkartenstempel ist die nächste Erssendung auf dem Gebiete der Verkehrserhebung und Belehrung durch Steuern. Wie offiziell berichtet wird, ist im Reichsgebiet ein neuer Vorschlag für die Fahrtkartensteuer ausgearbeitet worden. Die Steuerkommission des Reichstages hatte an Stelle des von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen festen, nach Wagenklassen abgestuften Stempels *Kilometer zu schläge* befohlen. Dieser Beschluß ist aber bei den verbündeten Regierungen auf so erhebliche Bedenken gestoßen, daß bei der zweiten Lesung in der Kommission von neuem der Vorschlag gemacht werden soll, einen festen Stempel zur Annahme zu bringen, jedoch nicht in Form des ursprünglichen Platzes, wonach für die erste Klasse 40 Pfennig, für die zweite 20 Pfennig, für die dritte 10 Pfennig und für die vierte 5 Pfennig ergeben werden sollen (unter Freilassung aller Fahrtarten unter dem Betrag von 2 Mark), sondern in der Form eines nach *Zone* abgestuften Stempels, ebenfalls unter Freilassung des Vorort- und Nahverkehrs. Die Säze sind einstweilen so geprägt, daß auf ein Ertragsziel von 24 Millionen zu rechnen sein würde. Da aber die Steuerumstellung aus der Fahrtkartensteuer 50 Millionen gewinnen wollte, so würde sie, wenn sie grundsätzlich mit dem Boxenstempel einverstanden ist, die Säze entsprechend erhöhen müssen. Die verkehrsfreudliche reaktionäre Mehrheit der Kommission wird natürlich mit großem Wonnebehalten dazu bereit sein.

Morenga, der Hollentolstoffscher, sollte von deutschen Truppen in Südwestafrika umzingelt sein, so daß seine Gefangenahme nur noch eine Frage der Zeit hingestellt wurde. Jetzt hat Morenga den deutschen Kreis durchbrochen und ist natürlich entschlüpft. Nach über Nach können auch die deutschen Heerführer in der Saarwüste sagen!

Dänemark.

Ganz wie in Deutschland. Der „liberale“ Kultusminister Sörensen hat die Bestätigung der Wahl unserer Genossen Nielsens in die Kielburger Schulkommission versagt, weil dieser — der Staatskirche nicht angehört. Damit hat der Minister nicht nur gegen die liberalen Grundätze — wenn es solche überhaupt noch bei der Drehthebenpartei gibt —, sondern auch in offenkundiger Weise gegen die Verfassung verstößen. Das geniert natürlich einen echten Liberalen nicht.

Niederlande.

Lientenant Schmidt und drei Matrosen wurden in Oegakow erschossen. Folgedessen droht unter den Flottenmannschaften im Schwarzen Meer eine offene Revolte auszubrechen. — Die Hinrichtung des tapferen Kämpfers für die Revolution wird gerächt werden.

Die Wahlen zur russischen Duma haben stattgefunden. Die Beteiligung war gering. — Damit ist die Duma schon gerichtet. Das Volk will von jenseits nichts wissen.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des Lubeder Volksbote.

Berlin, den 20. März 1906.

71. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstaat: Prinz Hohenlohe.

Die zweite Beratung des Staats von Kamerun wird fortgesetzt in Verbindung mit der zweiten Beratung des Gesenkbahnwesens betr. Übernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahn nach den Manengubabergen.

Geheimer Legationsrat Rose: Die Kolonialverwaltung muß zu ihrem tiefen Bedauern erklären, daß im Fall des Gouverneurs Horn die Vorkommnisse im wesentlichen liegen, wie sie der Abg. Ablaß angegeben hat. Die weitere Frage des Abg. Ablaß, ob alles zur Sühne des Vorkommnisses geschehen ist, kann ich im affirmativen Sinne beantworten. Der Gouverneur Horn telegraphierte selbst aus Logo, daß gegen ihn ein Verfahren wegen des verstorbenen Negers eingeleitet werden müsste und bat um Urlaub. Er wurde ihm gewährt, und Horn traf im Januar 1904 hier ein. Den höchsten Beamten vor ein Gericht des Schutzhauptes zu stellen, schien unstatthaft. Auch dachten wir, daß ein deutsches Gericht unabhängiger urteilen würde als ein dortiges Gericht, da die Deutschen in der Kolonie naturgemäß alle in Beziehungen zum Gouverneur stehen. Aber auf Grund eines juristischen Gutachtens kam der Fall doch vor ein afrikanisches Gericht. Dieses sprach den Gouverneur in erster Instanz frei, in zweiter Instanz wurde er zu 900 Mk. Geldstrafe verurteilt. Was den Fall Brauchlich anlangt, so ist anzugeben, daß dieser, als er noch Legationsmann war, vielleicht etwas zu viel für seine Bauten ausgegeben hat. Von einem Jagdverbot auf Löwen und einem Auflösungsverbot, das der Gouverneur v. Puttkamer zu seinen Gunsten erlassen haben soll, ist hier nichts bekannt.

Bedebour (SD): Für den Antrag Stora auf Herabsetzung der für Neubauten ausgewiesenen Summe ließerten die letzten Ausführungen des Herrn Legationsrats eine vorzügliche nachträgliche Begründung. Im übrigen beurteilte Herr Rose die Verfehlungen des Herrn von Brauchlich mit edelmütiger Nachsicht. Es ist keine Entschuldigung für Herrn v. Brauchlich, daß er nicht Jurist ist. Die Verantwortung dafür, daß ein ganz unschöner Mensch jahrelang als Verwaltungsbeamter die Gesetze falsch anwendet, fällt auf die Centralverwaltung zurück. (Sehr richtig! links). Nedner empfiehlt die Kommissionsanträge, wonach künftig das Verordnungswesen eingeschränkt werden soll, und wonach bei Untersuchungsgesangenen die Anwendung von körperlicher Bestrafung von Zwangsarbeit und Kettenhaft auf geschlossen sein soll. Wir beantragen, daß die in Haft befindlichen Altwähnäpplinge unverzüglich in Freiheit gesetzt werden. Diese Freilassung hätte längst erfolgen müssen. Nedner kommt nun auf die privaten Verhältnisse des Herrn v. Puttkamer zu sprechen. Mit seiner „Cousine“ hat er ja nur die Weisheit der Maitressenwirtschaft nachgeahmt, die zahlreiche gelöste Häupter gegeben haben. Jedenfalls bedauert die Praxis des Herrn v. Puttkamer einen bedeutenden Fortschritt gegenüber der Praxis, die ein früherer Beamter in Kamerun — Herr Leist oder Herr Wehlon — zu üben pflegte, der sich aus der Kleiepfandlaminer Frauen verschuldeten Neger zur Verschönerung seiner zahlreicher Muskelstunden kommen ließ. Die Beschwerde der Offiziere vom „Habicht“ darüber, daß sie mit der „Cousine“ in gesellschaftliche Verbindung gebracht worden sind und ihre Aussehanderziehung mit Herrn v. Puttkamer darüber, hat von der Erteilung des falschen Passes an die Dame statt gefunden. Dadurch wird aber unverzüglich klar, daß der Herr Gouverneur, als er den Pass ausstellte, sich nicht im guten Glauben befand. (Sehr richtig! links.) Zuerst ist übrigens die Frage nach dieser Beschwerde in der Kommission dahin beantwortet worden, daß von ihr ähnlich nichts bekannt sei. Das ist eine Vorbeantwortung der Frage, die sich gegenüber Reichstagsabgeordneten nicht stellt. (Sehr wahr! links.) Auch dieser Vorgang beweist, daß der gute Wille des jetzigen Leiters des Kolonialamts das Beurteilungssystem in der Kolonialverwaltung noch nicht überwunden hat. Ich wende mich nunmehr der Petitionsfrage der Altwähnäpplinge zu. Wenn es wirtschaftlich Brauch sein sollte, daß ein Beamter, gegen den eine Petition eingelaufen ist und dem diese von der Regierung zur Rückführung zugestellt wird, dann ohne weiteres, wie es Herr v. Puttkamer tat, Strafantrag stellen kann, dann ist es allerhöchste Zeit, daß einem solchen groben Unfug ein für allemal ein Ende gemacht wird. (Sehr gut! links.) Ein solches Verfahren öffnet dem Umtauschbrauch Tür und Tor. Es muß dafür gesorgt werden, daß künftig niemals mehr ein Beamter leute, die sich über ihn beschweren, mundtot machen kann. Ich begreife den Zweifel des Dr. Arentz an der Echtheit der Petition nicht. Er meint, der Ausdruck „Assessorismus“ sei im Munde eines Eingeborenen unmöglich. Das Gegenteil ist der Fall. Denn von diesem Assessorismus wird in den Kolonien viel gesprochen, so daß er auch den Eingeborenen bekannt ist. Gerade so wie das russische Wort „Tschimonat“ zur Bezeichnung verzopfter, bestechlicher Bürokraten in ganz Europa bekannt ist, so daß Wort Assessorismus in den deutschen Kolonien. Die Neger haben Zustände für Kamerun verlangt, wie sie in den benachbarten englischen Kolonien bestehen. Das ist in Herrn v. Puttkamers Augen schon der reine Hochverrat. Ihn und allen seinen Beamten hat erst die hiesige Kolonialverwaltung über den Sinn der Forderung aufklären müssen. Das läßt darauf schließen, welche Kenntnis Herr v. Puttkamer überhaupt gehabt hat. Er ist heute noch nicht der Stelle gewachsen, die er so viele Jahre lang bekleidet hat. Die Negerhäuplinge sind wegen Verleumdung bestraft worden, weil sie sich beschwert hatten, daß ihnen wiederholt widerrechtlich Land fortgenommen worden sei. Die Verwaltung betrachtete diese Maßregel, die von den Negern als Vergewaltigung empfunden wurde, für unvermeidlich, um im Hafen von Duala durch Besiegung der Negerquartiere eine gesunde Europäerstadt zu schaffen. Diese hygienische Begründung der Exmission ändert nichts an der Tatsache, daß die Neger sich im Rechte befanden, als sie sich der Exmission widersetzen. Sie hatten die klaren Bestimmungen des mit einer Hamburger Firma — deren Rechtsnachfolgerin alsdann das Deutsche Reich wurde — abgeschlossenen Abtretungsvertrags für sich. Die Neger beschuldigen dann weiter Herrn von Brauchlich und den Richter Dr. Meyer, verlobte Mädchen „wucherisch“ gekauft zu haben. „Wucherisch“ ist ein falscher Ausdruck, der sich aus der Unkenntnis der deutschen Sprache erklärt. Die beiden Herren behaupten, die beiden Mädchen als Dienstmädchen gemietet zu haben. Die Neger glauben aber augenscheinlich, daß die Mädchen den beiden Herren als Hebsweiber dienen sollten. Zweifellos stimmt der Negerbrauch, wonach die Mädchen mit Geld gekauft werden, mit unseren moralischen Anschauungen nicht überein. Aber er ist immer noch nicht so schlimm, wie die Geldheiraten bei uns durch die Vermittlung von Schadien. Das ungeheure Urteil gegen die Neger hat nur den Zweck, die Beschwerdeführer mundtot zu machen. Sehr charakteristisch war es, daß ein Beamter meinte, man hätte eigentlich die Neger nicht wegen Bekleidung, sondern wegen einer geheimen Verschwörung vor Gericht stellen müssen. Dann freilich wäre die Angelegenheit allerdings schwieriger zu enlarven gewesen. Eine Anklage wegen Verschwörung aber gegen diese Neger, die nichts getan haben, als daß sie gemeinsam eine Eingabe eingereicht haben, wäre genau dasselbe, als wenn man unsere Beamten, die gemeinsame Petitionen absenden, aus diesem Grunde wegen Verschwörung anklagen wollte. (Sehr richtig! links.) Dies scheußliche Verfolgungssystem muß energisch bekämpft werden. Wir haben die sofortige Freilassung der Altwähnäpplinge gefordert. Wir hätten auch beantragt, daß Herr v. P. unter keinen Umständen wieder zurückgelöst wird, wenn wir nicht aus den Ausführungen der Kolonialverwaltung den Eindruck gewonnen hätten, daß daran nicht gedacht wird. Dass die Alwa, wenn sie freigelassen würden, die Flucht ergreifen würden, ist nicht anzunehmen. Die Haftentlassung wäre das beste Mittel, das Ansehen und die Ehre der deutschen Kolonialverwaltung wiederherzustellen. (Zweckhafter Beifall b. d. Soz.)

Erbprinz zu Hohenlohe: Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, wir hätten Ortschaften der Eingeborenen entgegen den Verträgen von 1884 verlegt. Es handelt sich nur um die Verlegung einzelner Hütten der Eingeborenen innerhalb des ihnen garantierten Gebietes und zwar im sanitären Interesse. Damit aber jeder Zweifel darüber, ob die Verträge verlegt sind oder nicht, beseitigt wird, habe ich angeordnet, diese Frage an Ort und Stelle noch einmal genau zu untersuchen. Was die Freilassung der Altwähnäpplinge betrifft, so muß das zweite Urteil erst abgewartet werden. Die Alten sind unterwegs und werden Ende des Monats eintreffen. Dann wird die Verhandlung sofort beginnen. Würde man die Gefangenen jetzt freilassen, so würde man sie nicht zur Stechenshaft ziehen können, wenn das zweite Urteil ihre Schuld bestätigt. Außerdem ist der früher angegebene Grund, die Freilassung könnte zu Unruhen führen, nicht ganz von der Hand zu weisen. Es handelt sich dabei nicht um einen eventuellen Aufstand des kleinen Stammes der Alwa, sondern der eventuelle Eindruck der Schwäche Deutschlands könnte weit über die engen Grenzen dieses Stammes hinausgehen. — Über ein Verbot der Spiritus-einfuhr schweben Verhandlungen mit unseren Nachbarn, deren Interessen ja mit unseren parallel gehen. Auch wir sind Zweifel erwachsen, ob die Untersuchungsgesangenen zur Zeit richtig behandelt werden. Dass eine vorliegende körperliche Bestrafung stattfindet, ist allerdings nicht der Fall. Nur wo Verlegungen der Haushaltung des Gesangenen vorkommen, werden die Haushalter gezwungen. Vielz. der Beschwerde scheint mir noch ganz ungünstig aufgeklärt. Ich habe deshalb dafür gesorgt, daß ein von den Kameruner Beamtenverhältnissen völlig unabhängiger richterlicher Beamter mit afrikanischer Erfahrung eine eingehende Untersuchung anstellen soll, um der Centralverwaltung die nötige Ausklärung zu verschaffen. (Bravo! rechts.)

Lattmann (W.): Es ist echt sozialdemokratisch, wie hier vor den äußersten Linken der Fall Puttkamer aufgezeichnet wird. Ich war von jeher ein harter Gegner des Systems Puttkamer; aber die Art und Weise, wie hier die persönlichen Verhältnisse herausgestellt werden, liegt nicht in Interesse einer wirklich guten Verwaltung in den Kolonien. (Sehr gut! rechts.) Trotz der großen Kenntnis des Abg. Lebedow über alle männlichen und weiblichen Verhältnisse Kameruns (Heiterkeit), wage ich nicht zu entscheiden, ob sich die sofortige Freilassung des Restes der Altwähnäpplinge empfiehlt. Der Kamerunbahnhofsvorlage werden wir diesmal ausstimmen, weil sie Sicherheiten gegen die Bodenverschwendungen enthält und die Landesgesellschaften zu den Kosten heranzieht. Nedner wendet sich gegen die Einfuhr von Brauntinte nach Kamerun.

Flehr v. Nichtschein (St.): Wer diesen Verhandlungen beinhaltet, der begreift das Wort Kolonialmoralität. Eine Fülle unangenehmer Dinge sind hier breitgetreten worden. Kleine Verleihung des Herrn v. Puttkamer in der Kommission kann ich heute nicht mehr aufrecht erhalten. Über er bleibt doch ein Mann vom großen Verdienst. Ob die Altwähnäpplinge aus der Haft entlassen sind, wird nun der neue Richter, der jetzt dort hinzkommt, entscheiden können. Ich erwarte es nicht, daß innerhalb begründeter Fluchtverdacht vorliegt. Der Richter tag und die Verwaltung in Berlin können jedenfalls nicht darüber bestimmen.

Bebel (SD): Wenn die Kolonialverwaltung das Vertrauen der Eingeborenen gewinnen und Zustände, wie in Südwestafrika, in den anderen Kolonien vermeiden will, so muss sie rücksichtslos gegen alle Vergehen von Beamten vorgehen. Leider ist das nicht immer geschehen. Der Fall Puttkamer hätte uns nicht in dieser Weise beschäftigen können, wenn die Verwaltung von vornherein in der gehörigen Weise gegen v. Puttkamer vorgegangen wäre. Auch jetzt noch beweist der Herr Vertreter des Kolonialamts eine ganz unverständliche Leichtgläubigkeit gegenüber der Verteidigung des Herrn v. Puttkamer. Es wird außer ihm niemand in diesem Hause glauben, daß Herr v. Puttkamer den Charakter des Fräulein v. Ecardstein als Halbweltdame nicht gekannt habe. Der beste Beweis dafür ist, daß v. Puttkamer es für angebracht hielt, sich dem Kapitän des „Habicht“ gegenüber zu entschuldigen. Daher ist kein Zweifel, daß Herr v. Puttkamer mit der Aussicht des Passes eine schwere Urkundenfälschung begangen hat, die ihn unter allen Umständen unfähig macht, wieder als Gouverneur zu fungieren. (Sehr richtig! links.) Es ist psychologisch falsch, anzunehmen, die Eingeborenen würden seine Amtsüberhebung als Schwäche empfinden; es würde im Gegenteil den besten Eindruck auf sie machen, wenn sie sehen, daß Recht und Gerechtigkeit gesetzt wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was die Petition der Altwähnäpplinge betrifft, so sind eine Reihe von Punkten in derselben bei der Untersuchung durch den Richter Kämmermann als richtig erwiesen worden. In anderen Fällen sind weitgehende Zugeständnisse gemacht worden. Ein Teil der Verurteilten ist bereits freigelassen, es liegt kein Grund vor, die anderen nicht auch freizulassen, zumal ihre ungeheure ungerechte Verurteilung so große Aufregung zur Folge gehabt hat. In der Petition sind Mängel aufgeführt, die zweifellos zu einem Aufmarsch in Kamerun führen müssen, wenn sie nicht abgestellt werden. Die dort bestehende Kopfsteuer für jedes männliche Familienmitglied über 16 Jahre mit 3 Mark, für jedes weibliche mit 2 Mark ist bei den infolge der Rikweiberei sehr großen Familien der Neger ganz exorbitant. Weiter haben die Eingeborenen bei der Sanierung von Duala überaus anstrengende Zwangskräfte ohne Entschädigung leisten müssen. Die Eingeborenen mussten ihre neuangebauten Hütten ohne Entschädigung niederreißen, weil die Straße verbreitert werden mußte. Das widersprach direkt dem Vertrag zwischen Dr. Nachtigall und den Negerhäuplingen, wonach die aufgebauten Plätze und die Eigentum der gegenwärtigen Besitzer und ihrer Rechtsnachfolger bleiben sollten. Auch über die Anwendung der Pöhlungssteuer klagen die Eingeborenen. In ihrer Beschwerde heißt es: daß für geringe Vergehen im Zivil- oder Strafprozeß bis 75 Höhe in 3 Monaten mit einer Geißelstrafe ausgetestzt werden. Gegen diese Barbarei protestieren sie mit aller Energie. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sehr verwundert hat mich, daß die Herren Arentz und v. Nichtschein die Verwaltung in Schutz genommen, aber nicht ein Wort über die Beschwerden gesagt haben, die sie im vorigen Sommer von dem Kameruner Missionar Lehner erfahren haben, wo nach den Eingeborenen zuviel Land fortgenommen wurde und sie so in einen Verzweiflungskampf getrieben wurden. Charakteristisch ist, daß die Plantagenarbeiter in Kamerun immer seltener werden; in Folge der schlechten Behandlung durch die weißen Besitzer laufen sie davon, wie der Konsul Klem in einer Broschüre eingehend dargelegt hat. Solange wir Kolonien haben, werden wir immer darauf dringen, daß den gerechten Ansprüchen der Eingeborenen immer Rechnung getragen wird. Leider kommt nur der geringste Teil der Altwähnäpplinge zur Kenntnis der Öffentlichkeit, da jeder Ansäßige, der im Verdacht steht, etwas über die schrecklichen Zustände dort zu veröffentlichen, mit allen Mitteln ruiniert und aus dem Lande gedrängt wird. Wir werden fortgesetzt mit Klagen und Beschwerden kommen, bis diesen Zuständen ein Ende gemacht werden ist. (Weiß-Beifall b. d. Soz.)

Erbprinz zu Hohenlohe: Ich gebe zu, daß in der Angelegenheit der Frau v. Estors der Anschein sehr stark gegen v. Puttkamer spricht. Den Vorwurf der Zweideutigkeit muß ich jedenfalls ablehnen. Ich bin mir nur noch nicht ganz klar über diesen Fall. — Die Kopfsteuer ist längst durch die Hüttensteuer ersetzt. Die Straßenarbeit geschah als Entschädigung für nicht bezahlte Steuern. Frauen dürfen nicht geprägt werden. Die Rechte der Eingeborenen müssen geschützt werden, aber man darf nicht Gerechtigkeit und Schwäche verwechseln. Bei schärfster Verurteilung aller Ausschreitungen muß ich doch der zahlreichen tüchtigen Beamten gedenken, auf denen die hoffnungsvolle Zukunft unserer Kolonien beruht.

Erbprinz zu Hohenlohe: Ich bitte um Auskunft über das letzte Dienstverhältnis des Gouverneurs Horn. Gegen die weitere Verwendung des Herrn v. Puttkamer wurde bereits 1894 Einspruch erhoben. Lebzigens hat v. Puttkamer

auch im polizeilichen Anmelderegister die Dame als v. Storch eingetragen, das ist eine zweifellose Wirkungsfälschung. (Hört, hört!)

Erbprinz Hohenlohe erwidert, daß Gouverneur Horn zur Disposition gestellt ist. Es ist ein Disziplinarverfahren eröffnet, um den Fall seiner Schwere angemessen zu schließen. Der Fall der polizeilichen Anmeldung des Freuden v. Edardsstein ist mir unbekannt, ich werde mich danach erkundigen.

v. Gerlach (Bsp.): Der Unterg. Stora und die Zustimmung des Freuden v. Reichshofen zu denselben hat die Möglichkeit der Kolonialreisen erwiesen. Solche Reisen sollten auf Reichskosten stattfinden, damit alle Parteien mit mehr Sachkenntnis über unsere Kolonien urteilen können.

Prinz Hohenlohe will auf eine frühere Anfrage mit,

dass die Gouverneure ihrerseits das Auswanderungsrecht gegen Deutsche besitzen, es aber praktisch seines Wissens noch nicht ausgenutzt hätten.

Dr. Arenst (Bsp.) begrüßt die Anregungen des Abg.

v. Gerlach und polemisiert gegen den Abg. Bubel.

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution der Kommission auf Gewährung höherer Rechtsgarantien für die Eingeborenen, auf Ausschließung der körperlichen Rüchtigung in der Untersuchungshaft und auf eine eingehende Untersuchung über die Beschwerde der Aktualen, deren Ergebnis dem Reichstag mitgeteilt werden soll, sowie auf Überweisung des übrigen Inhalts der Partition als Material an den Reichskanzler wird angenommen.

Der Antrag Auer (D.) auf unverzügliche Freilassung der Aktualhauptlinge wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und der Zentrumsmitglieder Giesberts, Müller-Zulda und Eisberger abgehn.

Der Antrag Stora geht an die Budgetkommission.

Im übrigen ist damit der Entwurf für Kamerun erledigt.

Das Gesetz betreffend Liefernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahnen von Duala nach den Manengubabergen wird angenommen mit einer Resolution der Budgetkommission, welche Prüfung der Tätigkeit der Land- und Bergwerksgesellschaften in Kamerun verlangt.

Hieraus verlastet sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Antrag Liebermann v. Sonnenberg betr. Versammlungsfreiheit; Antrag Graf Bernstorff (Wels) betr. die Verbrauchsabgabe auf Zucker, Wahlvorschlägen.)

Schluss 6½ Uhr.

Überblick und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 21. März 1906.

Zugang nach den Möbelfabriken von Hinckel, Demuth u. Co., Gebr. Wasserstradt und Ad. Hess ist seitens der Möbelstischler, Drechsler, Maschinen- und Hälfsarbeiter streng zu verhindern.

Zugang von Werstarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunwerft ausgesperrt sind!

Die Bürgerschaft erledigte in ihrer heutigen Sitzung die Beratung des Budgets der Verwaltungsbehörde für die städtischen Gemeindeanstalten und der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen. Eine größere Debatte fand bei keiner Position statt. Die Verhandlungen dauerten nicht ganz 1½ Stunden. - Bemerkt sei, daß nunmehr für eine bessere Platzierung der Berichterstatter Sorge getragen ist.

Endlich aufgehobene Strafensperre. Die unterm 5. August v. J. angeordnete Sperrung der Josephinenstraße zwischen der Hochstraße und der Einhödelstraße für den Fuhrwerkeverkehr wird hiermit aufgehoben.

Bericht der Bauarbeiterbeschaffungskommission. Am 15. März stand eine Baustelle seitens der Bauarbeiterbeschaffungskommission statt. Kontrolliert wurden insgesamt 86 Bauten. Von diesen Bauten wurden 39 von Unternehmern, die dem Arbeitgeberverbande angehören und 47 von anderen Arbeitgebern ausgeführt. An diesen 86 Bauten wurden z. B. 780 Arbeiter beschäftigt. Die Unfallverhütungsvorschriften waren auf 11 Bauten nicht ausgehängt, auch wurde nirgend eine Anweisung zur ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen vorgefunden. Ein Ofen war in 20 Gebäuden nicht aufgestellt, trotzdem es doch bei dieser kalten Jahreszeit eine Wohltat für die Arbeiter ist, wenn dieselben ihr Frühstück und Mittagessen in einem warmen Raum einzunehmen können. Auf 3 Bauten war kein Abort aufgestellt. Ein verschließbarer Verbandskasten mit nötigem Inhalt, welcher laut Tarif auf jedem Bau anwesend sein soll, war nur auf 60 Bauten zu finden, und von diesen war es stellenweise auch nur eine Zigarrenkiste mit etwas Watte darin. Waschgehirn wurde auf 8 Bauten angetroffen. Was die Abdeckung der Balkenlagen, sowie die Einsiedigung der Treppenhäuser und Lüftschächte anbelangt, so war diesesstellenweise nur sehr mangelhaft, ebenfalls wurden vielfach Bettern angetroffen, an denen nichts vorgenagelt war, um ein Auskriechen zu verhindern. Mehrere Außengerüste waren vorhanden, wo keine Schutzvorrichtung angebracht war. Die Reinlichkeit der Baubuden war stellenweise nur sehr mangelhaft, auch waren in den meisten Buden die Fenster nicht zum Dichten. - Auch die Steinsetzplätze wurden einer Kontrolle unterzogen, aber hier sah es stellenweise noch sehr traurig

aus, meistens war keine Baubude vorhanden oder sonst eine nur sehr kleine. Aborte wurden hier gar nicht vorgefunden. (Wo mögen wohl diese Leute ihre Notdurft verrichten. Hintern Steinhausen? D. Berichterst.) - Auf dem Bau des Unternehmers J. wurde der Kommission der Befehl verweigert. Aus welchen Gründen, wurde aber nicht gesagt. - Wenn auf einigen Bauten alles in gutem Zustande gefunden wurde, so war auf manchen auch wieder das Gegenteil zu verzeichnen, erwähnt sei nur der Durchbau in der Königstraße, welcher vom Unternehmer Bögl ausgeführt wird; dasselbst waren keine Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt, kein Verbandskasten war zu finden, der Abort bestand aus einem Eier mit einer Sitzbrille, auf dem noch eine Partie lecker Brot lagerte. - Wenn auch im allgemeinen von Jahr zu Jahr allmählich eine kleine Verbesserung eintritt, so bleibt doch noch manches zu wünschen übrig. Es steht aber auch nicht immer die Schuld auf Seiten der Arbeitgeber, sondern auch auf der der Arbeitnehmer. Mögen diese dafür sorgen, daß der kleinste Nebenkasten sofort besetzt wird, dann kann dieser sich auch nicht zu einem großen herauswachsen.

Aus dem Reiche der Gewissens- und Religionssfreiheit. Der Synode ist ein neues Disziplinarrecht für die Lübeckische Geistlichkeit zur Annahme unterbreitet worden, wonach Abweichungen der Geistlichen von der reinen Lehre als Amnestievergehen oder Amnestieverbrechen zu betrachten und zu bestrafen sind. Das heißt auf gut deutsch: Wenn ein Geistlicher Ansichten hegt, die von der sog. "reinen Lehre" abweichen, so muss er entweder bekehrn, oder ihm wird der Brustkorb höher gehängt. Zweifellos wird die "reine Lehre" dadurch an "Abhängern" gewinnen; noch mehr wird aber Aussklärung über die "Gewissensfreiheit" der Geistlichkeit in das Volk getragen.

Die Verhandlung des Oberlandesgerichts gegen den Rekten Gloy, die am heutigen Mittwoch stattfinden sollte, ist auf Antrag des Verteidigers des G. auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Gloy ist bekanntlich wegen tatsächlichen Angriffs auf seinen Vorgesetzten zu langjähriger Gefangenstrafe verurteilt.

Die Tagesordnung der Bürgerversammlung, welche am kommenden Montag stattfindet, lautet wie folgt: 1. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Auseinandersetzung der für den Grunderwerb bei Straßendeckerungen zu zahlenden Beträge. 2. Teilung der Landgemeinde Schlutup. 3. Nachbewilligung auf die Ausgaben für die Betriebsverwaltung des Seebades Travemünde im Rechnungsjahr 1905. 4. Herstellung eines neuen Hochherdes und Beschaffung einer Wascheinrichtung nebst Mangel für das Allgemeine Krankenhaus. 5. Errichtung der Stelle eines pensionsberechtigten Hälfsarbeiter bei der Allgemeinen Armenanstalt. 6. Errichtung der Stelle eines pensionsberechtigten Hälfsarbeiter für das Bureau der Ober Schulbehörde. 7. Bewilligung einer persönlichen pensionsfähigen Gehaltszulage an den Katasterverdirektor Diesel. 8. Errichtung der Stelle eines Registrators beim Finanzdepartement. 9. Erfüllung neuer Einnahmestrukturen für die Staatskasse bezw. die Kasse der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten. 10. Neuansetzung von 6 Feuerwehrleuten. 11. Bewilligung von 80 000 M. zum Umbau des Krane um Behnau für elektrischen Betrieb. 12. Erhöhung der Bealte und der Zahl der pensionsberechtigten Hälfsarbeiter.

Aus dem Gerichtssaal. Die mehrfach vorbestraften Arbeiter S. und D. haben auf offener Straße den Arbeiter S. um 10 Pf. angebettelt und als ihnen diese Summe verweigert wurde, mißhandelten sie den S. Mit Hilfe eines hinzugekommenen Arbeiters M. gelang es dem Angeklagten, von den beiden frechen Patronen loszukommen. Das war am 11. Februar. Einige Zeit darauf trafen die beiden launigen Kumpaten den M., der ihrem Opfer beigeprungen war; nun fühlten sie an ihm ihr Mütchen, indem sie ihn mittels gefährlicher Werkzeuge bearbeiteten. Das Schöffengericht verurteilte S. zu 4 Monaten, D. zu 3 Monaten und O. zu 3 Monaten Gefängnis. - Wege zur Entlastung erkannte das Gericht gegen den Arbeiter S. aus Gewin auf 3 Monate Gefängnis. Der Angeklagte hatte mehrere Schläge zum Blauehnen angenommen, dieselben jedoch in Lübeck verkauft und das Geld für sich verbraucht. - Ein Preisstaf ist als anstrengendes Spielzeug anzusehen, so entschied das Schöffengericht in seiner gestrigen Sitzung: verschiedene Personen, die wegen Veranstaltung eines Kreiskasts Strafmandate erhalten hatten, beantragten nämlich gerichtliche Entscheidung. Es wurde berichtet, daß auch dann ein Preisstaf der Anmeldung bedürfe, wenn an demselben nur eine geschlossene Gesellschaft teilnehme. - Wege zur Entlastung erhielt die Geschworene S. 12 Wochen und der Haushälter B. 3 Wochen Gefängnis.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbüro schreibt man uns: Den Besuchern des Stadthallen-Theaters steht für Donnerstag ein genügender Abend bevor. Zur Aufführung gelangt die gesamte Tragödie "Faust I". - Am Freitag geht zum ersten Male in dieser Spielzeit die beliebte Operette "Frühlingsluft" mit Marie Seubert in Szene. - In der vorigen Spielzeit mit so großem Erfolg aufgeführt wurde sicherlich auch am Freitag ein zahlreiches Publikum vereint seien. - Am Sonnabend und Sonntag abend wird Marie Seubert gleichfalls als Hanna in "Frühlingsluft" auftreten. Auf die am Sonnabend nachmittag 4 Uhr stattfindende Vorstellung zum Einheitspreis von 50 Pf. in der "Die Karlsruher" zur Aufführung gelangen, sei schon jetzt an dieser Stelle aufmerksam gemacht.

Wilhelm-Theater. Nachdem der Umbau nunmehr vollständig beendet ist, wird das Ensemble des Stadthallen-Theaters am Sonntag, den 23. März, abends 8 Uhr, hier gastieren, und zwar in dem Wolzogen'schen Lustspiel "Ein unbeschriebenes Blatt". Bezüglich der Preise der

Plätze und des Vorverkaufs der Eintrittskarten sei auf das Interieur in heutiger Nummer verwiesen.

Gehaltung der Fahrradabgabe. Die nach dem Gesetz vom 18. März 1899 betreffend die Herstellung und Unterhaltung von Radfahrwagen, jährlich im voraus zu entrichtende Fahrradabgabe für das Jahr — 1. April 1906 bis 31. März 1907 — ist in der Zeit vom 1. bis 15. April d. J. an den Werktagen täglich vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr an der Kasse des Polizeiuamtes im Hause der Commerz-Bank, Johannisstraße Nr. 111, zu zahlen. Die Abgabe wird jedoch schon jetzt in den vorerwähnten Geschäftsstunden entgegengenommen. Einige Anträge auf Erhöhung der Abgabe auf 5 M. (§ 1 des Gesetzes vom 18. März 1899) sind ebendaselbst zu stellen unter Vorlegung des Eintrittskartensteuerzettels.

ph. Gewalt und seitgenommen wurde ein Geschäftsräuber aus Altona, welcher dringend verdächtig ist, sich gestern nachmittag im Gehölz bei Bredenfelde des Versuchs eines Verbrechens. 176,3 St. G. B. schuldig gemacht zu haben.

ph. Elternverbrechen. Gegen einen Klempnergesellen wurde Anzeige wegen Versuchs eines Verbrechens nach § 171 I St. G. B. sowie wegen Körperverletzung erstattet.

Neumesse. Durch die neu in dem Stallgebäude des Zigarrenmachers St. Berlin sind 1 Biere, 2 Fertel und 11 Hühner umgekommen. Der Verdacht der Brandstiftung lässt sich auf den Aljährigen, bei D. in Arbeit stehenden Zigarrenmacheren Heinrich Meyer aus Sandesneben, der denn auch eingestand, das Stroh des Stalles „zu seinem Vergnügen“ angezündet zu haben. Von dem Gedanken Wendler in die Ecke getrieben, bekannte er weiter, im vorigen Jahre gelegentlich seines Geburtstages das Haus seines damaligen Arbeitgebers Stadtlauder in St. Beleenthin ebenfalls in Brand gesteckt zu haben. In diesem Falle will er sich damit „eine Geburtstagsstunde“ haben machen wollen.

Möln. Märkte und Wahlrechtskampf. Vor etwa 100 Personen sprach hier Genosse Koschikowski, Banderbei, der in 1½ Stunden die Verfassungssämpfe und die Märzereignisse in Preußen, sowie das elendste aller Wahlsysteme und deren korrupte Wirkung schilderte, am Schlusse seiner mit grossem Beifall aufgewunderten Ausführungen die Anwesenden auffordernd, mit allen Kräften dazu beizutragen, daß so bald wie möglich die Rektion in Preußen gebrochen werde. Diskussion fand nicht statt. Eine Protestresolution gegen das Dreiklassenwahlrecht fand einstimmige Annahme. Während der Versammlung befand sich die Stadt Till Eulenspiegels unter der Obhut eines Polizisten, denn die beiden anderen waren als „Abgeordnete der Polizei“ in der Versammlung erschienen, während zwei schwerbewaffnete Gendarmen sich für „eventuelle Fälle“ in einem Nebenzimmer befanden. Möln steht aber noch auf demselben Fleck wie zur Zeit des berühmten Klanschmieds.

Hamburg. Auf ratselhafe Art verschwunden. Vermisst wird seit Sonntag die achtjährige Mary Müller aus der Antonstraße in St. Pauli, die sich an dem Tage mit einer Freundin nach der "Flora" begab. Um 9½ Uhr abends ging die Freundin fort, während die Müller noch dort blieb, mit dem Verdacht, sie habe bis 10 Uhr Zeit. Seitdem fehlt jede Spur von dem jungen Mädchen. Für das Verschwinden des Mädchens fehlt jede Erklärung, da Selbstmord, Unfall oder dergleichen völlig ausgeschlossen sind. Die Kriminalpolizei hat umfassende Recherchen nach dem Verbleib des Mädchens angestellt. Offiziell liegt kein Verbrechen vor.

Kiel. Ein schreckliches Unglück, dem fünf Seeleute zum Opfer gefallen sind, ereignete sich bei Hornsruh. "Odin" in der Nähe des Feuerschiffs "Hornstriff" schwankte und trieb insgesamt vor Wind und Wellen hilflos. Von der von dem Kapitän zusammengerufenen Mannschaft meldeten sich freiwillig fünf Männer an dem gefährlichen Wagnis, Hilfe vom Feuerschiff zu holen, um Kameraden und Schiff vor dem drohenden Untergang zu bewahren. Diese fünf bestiegen ein Boot und fuhren nach dem Feuerschiff zu. Ehe sie dieses jedoch erreichten, lenkte das Boot, und alle fünf fanden den Tod in den eisigen Fluten. Der "Odin" wurde später von einem Dampfer in Schlepp genommen und in Sicherheit gebracht.

Tönning. Weibliche Stellvertretung in der Kirche zu St. Petrus, ein Dorf von ca. 210 Einwohnern auf der Halbinsel Eiderstedt, war Sonntag, den 4. März, die Gemeinde versammelt, um das Wort Gottes zu hören. Der Herr Pastor Wolf war krank, so mußte wohl ein anderer Pastor kommen, um das Wort Gottes zu verkünden. Aber groß war das Erstaunen der Gemeinde, als sich die Tür öffnete und die Frau Pastorin im gewöhnlichen schwarzen Kleide, die Predigtbücher unter dem Arm, hereintrat. Vor dem Altar war ein Pult aufgestellt worden und von diesem Pult aus hielt die Frau die Predigt. Sie vertrat den Herrn Pastor vollständig, bis auf den Segen, den sie nicht erzielte. Der Frau ist also die Aussicht auf einen weiteren Beruf eröffnet; gewöhnlich sind es jedoch gerade die Pastoren, die sich beim Eintreten der Frauen in die akademischen Räume widerziehen.

Rostock. Die Bürger und Winzelmacher der Firma Köhler u. Schäfer stehen in der Lohnbewegung und haben, da auf ihre Forderungen keine Antwort eintrief, am Sonnabend gekündigt. Es handelt sich um 8 von 9 Arbeitern.

Oldenburg. Die oldenburgische Staatsregierung beschloß, dem Landtag eine Vorlage auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zugeben zu lassen. Wie muss Lübeck und Hamburg sich angesichts dieser Tatsache schämen!

Gesucht von ruhigen Leuten zum 1. Juli eine freundliche Zwei- bis Dreistubenwohnung im Preise von 180—200 M., am liebsten in der Stadt od. Gürtel. Off. u. K 10 a. d. Exp.

Existenz. Laden in Betrieb mit vollst. Einrich. und Gas nebst Wohnung u. günst. Beding. sofort zu vermieten. Näheres Gneisenaustraße 4, I.

Freundlicher Sanberer Bursche

beim Geschäftswagen gesucht, der möglichst zu Kost und Vogis im Hause. Off. u. A 2 an die Exped. d. St.

Gesucht 2 Öster ein Schmiedelehrling.

Näh. Johs. Brinckmann Lachewehr-Allee 1a.

Hausbursche gesucht, 14—15 Jahr, für leichte Arbeiten. Fr. Rudloff, Moislinger Allee 61.

Junge Mädchen können das Weltkennen gründlich erlernen und sehr günst. Beding. b. M. Höge, Georgstr. 1, I.

Eine Brosche mit Knopfhaspel gesucht, bei 20 Prozent. Zu erfragen in der Expedition d. Blattes.

Gesucht zum 1. Mai ein junger Bursche beim Milchwagen, der Öster die Schule verläßt. Zu melden nachmittags Ludwigstraße 89, v.

Gesucht zu sofort ein Mädchen außer der Schulzeit. Frau Wendt, Ludwigstraße 27, I.

Eine Schuhmacher-Maschine zu verkaufen. Dorotheenstraße 21 a, II.

Habe 7—8000 Rhabarberpflanzen (Riesen) zu verkaufen. Elsigstraße 9.

Zu verkaufen 2 Radfahrerhosen billig. Walenstrasse 164/8.

Eine Schneidermaschine (Singer) und zwei Sommer-Paleto's billig zu verkaufen. Hundestraße 2 a, part.

Streifbruch oder Sieg der Arbeit. Sozialistischer Roman der Gegenwart 864 Seiten stark mit vielen Illustrationen Preis geb. M. 2,50.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 50.

Sonder-Offerte zur Konfirmation!

Konfirmations-Taschentücher.

Konfirmations-Glacé-Handschuhe

Konfirmations-Korsetts.

Kleiderstoffe, schwarz u. farbig,
Meter 70, 80, 98 Pf., 1.35, 1.60—3.50 M.

Festons u. Piqué-Unterröcke
1.45, 1.95, 2.25, 2.75—6.50 M.

Großer Partie-Poche
weißer Unterröcke
aus extra feinem Madapolam mit aufgesetzter Falte,
breiter Böschungsborte und Spalten, imit. Abkopf,
regulärer Wert Stoff 5.50 M.

Konfirmandinnenjacketts
3.50, 4.50, 6.75, 9.50, 10.20—12.50 M.

Konfirmanden-Anzug
aus schwarzem oder blauem Cheviot,
gute, haltbare Ware . . . M.

Konfirmanden-Anzug
aus schwarzem Rammgarn oder Crepe
elegante Verarbeitung . . . M.

Konfirmanden-Anzug
aus feinem Diagonale oder Cheviot
hochmoderner Schnitt . . . M.

Konfirmanden-Anzug
aus prima schwarzem Rammg. od.
Satin, Erzäh für Mascharbeit, M.

9.45

12.75

17.50

23.50

Konfirmanden-Wäsche.

Konfirmanden-Krawatten.

Konfirmanden-Hüte.

Königstraße 89

Hans Struve

Ecke Wahnstraße.

Sarg-Magazin Gebr. Müter

obere Mühlendreiecke 13 und kurze Königstraße 116a.

Größtes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.

Stets Neuhheiten in Perl- und Metallkränzen.

Eiserne Grabkreuze.

Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Zu verkaufen 1 weiß Unterröcke M. 1.20,
1 dito Piquee 80 Pf., 2 gebülf. Hemdenpassen m.
Kerbel M. 1.50, 1 gold. Brosche M. 2.00, pass
für Konfirm. Ferner 1 schw. Strohhut in Federn
u. Blumen M. 2.50, schw. Taille u. Jacke M.
1.00, Kohlenplättchen 80 Pf. u. 2 Marmorbäume
a. M. 1.00

Schmiedau, Peterstraße 29, I., Hintach

Ein Zugänger zu verkaufen.

Karl Bannau, Zeddenburg.

Verloren ein grüner Beutel mit 78 M.
60 Pf. Inh. von Ludwigstr. bis
Johannisstr. Abzugeben gegen Belohnung in der
Sped. d. St.

Alte Töpfe werden mit starken Böden ver-
sehen und wieder neu emailiert
Engelgrube 81.

Garten- und Landarbeit
nehmen an Janssen & Co., Marlesgr. 55/8.
Dasselbst Pflanzbohnen zu verkaufen

Weddenburg. Vandeter
10 Stück 60 Pf.
J. Piel, Warendorpstrasse 41.

Mit
Wochenraten
von 1 Mark
an

Konfirmanden-

Anzüge, Paletots, Blusen, Kost.
Röcke, Jacketts, Kleiderstoffe.

Ohne Anzahlung

für alte Kunden, die ihr Konto beglichen
haben.

Jeder Konfirmand erhält 1 Hut gratis.

S. Sachs

Huxstraße 41.

Noch nie
dagewesen !!

Gute starke Tourenräder 75 M.
Hochseine erstklassige Tourenräder 94 M.
Großher Fahrräder, auskunst vom Guten
das Beste, mit allen Neuerungen, wie: Doppel-
gleitlager, Engelsaufhänge, Freilaufzündtritt-
bremse u. 125 M.

Gute gebrauchte Räder von 25 M. an.
Kontakte für Bedienung. — Fahrlägerleichterung

**O. Störzner, Fahrrad-
zentrale.**
Größte Reparaturwerkstatt.

12 Pantal 6.50 M., Schläuche 3.50 M., sämt-
liche Fahrrader-Teile sind vollständig; ein großer Sack
hoch. Regentragen 6—7 M. pr. Stück, Wert das
Doppelte.

Kakao

garantiert rein, sehr schön im Geschmack,
Pfund nur 98 Pfennige, entsteht

T. Buhrmann, Juhaber W. Fahle.

Sämtl. Sorten Weine u. Spirituosen.

Grimm's

feinst. Doppelkämmel, Kummesser,
Buntekuh-Kämmel

empfiehlt zu billigsten Preisen.

Carl Grimm

Wein- u. Spirituosenhandlung.

Rosenstraße 10. Pernfuss 184.

Stühle! Stühle! Stühle!

Schon wieder innerhalb 14 Tagen
trifft die Doppel-Waggonsladung in den
gangbarsten Sorten ein und werden die
selben, trotz bedeutender Preiserhöhung, „bis
an weiteres“ d. d. bestem billigen Preisen
verkauft in

H. E. Koch's Möbelhäuser,
Marlesgrube 45, 40, 11.

Dr. Thompson's Seifenpulver

Marke Schwan

ist das beste.

Zu haben in allen besseren Geschäften.

Wöbel-Magazin
Carl Folkers

25 Lübeck 25
Marlesgrube 25
Fernf. 784.

Seit über 20 Jahren

bekannt als
höchste und beste Bezugsquelle für
bürgerliche Ausstattungen
in jeder Güte Ausführung sowie einzelner
Möbelstücke.

Langjährige stetische Garantie!
Franco-Lieferung mit eigenem Fuhrwerk.
Bei Barzahlung Rabatt.
Zeitzahlung gestattet.

Empfehl:

ff. geräucherte Wettwurst
Pfund 1.— und 1.20 M.

gekochte Wettwurst und Leberwurst
Pfund 90 Pf.

Bronnschm. Blutwurst u. Dresd. Sülze
Pfund 80 Pf.

Prima ausgebratenen Cola
Pfund 45 Pf., 2 Pf. 80 Pf.

Adolf Schmidt
Schlachterei und Wurstfabrik,
Moislinger Allee 6b. Fernf. 1100.

Achtung Maler!

Veranstaltung
am Donnerstag den 22. März

abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Er scheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Der Vorstand

Getr. Backäpfel
etwas dunkel, Pfund 40 Pf.

Calif. Pflaumen

vorjährige, Pfund 18 Pf.

Ludwig Hartwig

Obertrave 8.

Deutscher

Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck)

Donnerstag den 22. ds. März., abends

8 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet bei J. Eggers, Staven-

straße 33, eine

Versammlung für sämtliche in der
Gauschlosserei beschäftigten Arbeiter

statt. — Da eine wichtige Lageordnung bevor-

siegt, ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen drin-

gend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Abstinenter-Bund.

Mitgliederversammlung

am Donnerstag den 22. März

abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.

Vortrag — Diskussion.

Das Erscheinen jedes einzelnen ist dringend

notwendig.

Gäste stets willkommen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung Zimmerer!

Veranstaltung

am Donnerstag den 22. März

abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.

Der Vorstand

Wilhelm-Theater.

Dir. Ludwig Piorkowski,
Sonntag, den 25. März, 8 Uhr.
Nach erfolgtem Umbau.

Ensemble-Gastspiel des
Stadthallen-Theaters.

Ein unbeschriebenes Blatt.

Umfassung in 3 Akten von Wol. Ogen.

Preise der Plätze: M. 2, 1.50, 1, 0.60.

Billets sind bereits im Vorverkauf bei F.

W. Kaibel, Otto Borchert u. H. Dre-

falt zu haben.

Stadthallen-Theater.

Donnerstag den 22. März, 7 Uhr.

Die gesamte Tragödie

Faust I.

Freitag den 23. März, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Erstes Gastspiel Marie Seubert.

Frühlingsluft.

Hanni — Marie Seubert a. G.

Sonntagn, 24. März. Nachm. 4 Uhr.

Die Karlsschüler.

Jeder Platz 50 Pfennig.

Generaltheater: Die in diesem Samstag da. Geige und Klarinette der Rada, „Nebel und Hochgebirgszeit“ sowie der mit P. L. geschriebene Streife und Notizen;
Generaltheater: Schauspiel für 2. Rang „Aufführung und Reaktionen“ sowie der mit P. L. geschriebene Streife und Notizen; Paul Böhme

Generaltheater: Schauspiel für 2. Rang „Aufführung und Reaktionen“ sowie der mit P. L. geschriebene Streife und Notizen; Paul Böhme

Generaltheater: Schauspiel für 2. Rang „Aufführung und Reaktionen“ sowie der mit P. L. geschriebene Streife und Notizen; Paul Böhme

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 68

Donnerstag, den 22. März 1906.

13. Jahrgang.

Der erste allgemeine Schulkongress für alle in der Schiffahrt und am Schiffbau beteiligten Arbeiter

trat Montag vormittag zu Berlin im Gewerkschaftshause zusammen. Sein Zweck ist, vor allem die gezeigenden Arbeitsverhältnisse auf das Geleid des Seemannsberufs hinzuweisen und sie davon zu überzeugen, daß die am 1. April 1905 in Kraft getretene Seemanns-Ordnung ihren Zweck in keiner Weise erfüllen kann. Dieser Aufgabe suchten die Betrüger des Kongresses auch dadurch gerecht zu werden, daß sie an die Mitglieder des Reichstages und ebenso an die Reichsregierung Einladungen erdigten ließen, doch mußte der Vorsitzende des Seemannsverbandes Paul Müller, Hamburg, in seinem Referat über die soziale und rechtliche Stellung der seemannischen Arbeiter zu seinem Bedauern konstatieren, daß keine der bürgerlichen Parteien der Erholung gesorgt seien. Ebenso glänzte die Reichsregierung durch Abwesenheit; für die Arbeiterschaft ist es ja nichts Neues, daß dieselbe Regierung, die zu gleichzeitigen Veranstaltungen bürgerlicher Interessen-Gruppen Vorträge aufsetzt, von solcher Beteiligung an proletarischen Kongressen nichts wissen will. Auch von bürgerlichen Parteien sind die Arbeiter kaum eine andere Behandlung gewohnt. Doch kommt es wohl selten vor, daß eine amtliche Körperschaft so unverblümmt zu erkennen gibt, warum sie mit Arbeiter-Organisationen nichts zu tun haben will, als es in einer betörenden Hülle dem Seemanns-Schulkongress gegenüber geschah.

Die Seeberufs-Genossenschaft, die ebenfalls eingeladen war, lehnte das Geschäft um Vertretung mit der Erklärung ab, daß die Tendenz der Organisation, von welcher der Kongress veranstaltet sei, ihr nicht genehm wäre. Wenn die Seemanns-Organisation unterlaublich, vom monarchisch-föderativen Geist erfüllt wäre und sich nicht im Schlepptau der Sozialdemokratie befände, wäre vielleicht ein Vertreter des Seebergs genossenschaft erschienen.

Mit Recht hielt der Verbands-Vorsitzende es für angebracht, bei dieser Gelegenheit einmal das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft darzulegen. Was die Gefahr für die heutige Staatsordnung betrifft, so sei davon bei einer Versammlung des Bundes der Handwerke mit ihren unverblümten, die Bevölkerung empörenden Handgebungen entschiedener eher zu reden als einem Gewerkschaftskongress gegenüber, der die Gesetzgebung veranlassen wolle, dem Geleid der Berufsgenossen ihr Auge zuzuwenden. Das Verlangen aber, so meinte Müller weiter, daß die Arbeiterschaft sich von der sozialdemokratischen Parlamentariervertretung lösen soll, liegt beizubringen. Wenn sich jemals ergeben hat, daß die bürgerlichen Parteien nicht die Interessen der Arbeiterschaft vertreten wollen, so an dieser Stelle, wo kein bürgerlicher Parlamentarier zugegen ist, wo aber jeder Delegierte aus Jahre langer Erfahrung weiß, daß die Sozialdemokratie stets die Vollstrecker des Willens auch der seemannischen Arbeiter war. An schlagenden Beispiele führt dann der Röder an, wie selbst die Reichsregierung sozialdemokratische Vorschläge zur Seemanns-Ordnung berücksichtigte und wie Vertreter bürgerlicher Interessen ta Stunden der Exkommunikation zu geben mußten, daß die Seemanns-Ordnung weit besser zu handhaben wäre, wenn die Reichstagsmehrheit nicht so voreingenommen wäre und mehr den sozialdemokratischen Anträgen stattgegeben hätte. Müller hält dann den deutschen Arbeitern ihre Solidarität vor und zieht an zahlreichen Tatsachen, wie das Unternehmertum bei einem unvergleichlichen Aufschwung des Gewerbes und bei den festesten Profiten sich nur von dem einen gewissenschädlichen Gedanken leiten läßt, die Erweiterung der Sozialgarantie zu hindern. In zehn Jahren hat sich die Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte um 234 Prozent erhöht und da wagen die Herdereten zu behaupten, daß sie durch die 2,85

Mark, welche die Sozialgesetzgebung pro Mann und Monat kostet, zu Grunde gerichtet werden.

In flimmernder Anklage rede Schlesier Müller dann das materielle Geleid des Seemanns, dessen Behandlung noch weit unter der des Geleides steht. Er wies auf die Ungerechtigkeit, die Rechtslosigkeit, auf die ungünstige Entlohnung der Matrosen und Heizer hin und führte zahlreiche Beispiele an, wie Reederei und Kapitäne sich gewissenlos an der Mannschaft versündigen. Die Reederei, indem sie entweder verdorbene oder minderwertige, leicht dem Verderben ausgesetzte Nahrungsmittel als Proviant an Bord geben, die Kapitäne, indem sie die Mannschaft bestechen. Dies geschah entweder dadurch, daß der Kapitän von dem zur Proviantierung der Mannschaft bestimmten Gelde einen oft sehr erheblichen Teil in seine Tasche wandern läßt oder daß er in seichten Häfen guten Proviant gegen schlechten austauscht. Solche Gaunerien werden zum Teil noch vom Reeder entschuldigt, während der hungernde Seemann, der sich etwa an den für die Nachspülung bestimmten Verdissen vergriff, wegen Diebstahls mit Gefängnis bestraft wird. Solche Spühbubenstrafe sind zweifelhaft; was soll man dazu sagen, wenn durch sogenannte Untersuchung aus Unkenntnis gescheitert wurde, daß der Kochmaat des Dampfers „Ruhiger“ verdorbenes Fleisch beladen hatte und in seiner Bergweisung Selbstmord beging, da er bestraft wurde, weil es ihm nicht möglich war, aus solchem Fleisch genügend Brod zu backen. Ja einem anderen Kochmaat das der Reeder anführte, ist festgestellt worden, daß ein Rosdorfer Dampfer ekelhaftes Wasser aus der Duna an Bord hatte; daß auf einem Flensburger Schiff die Mannschaft verdorbene Margarine einkaufte, bezogt ein anderes Urteil. Der Dampfer „Sonnenfels“ hatte Trinkwasser an Bord, das nach Schwefelwasserstoff roch; als die Mannschaft sich darüber beschwerte, schrie der Kapitän sie ins Schiffjournal, um ihre Bestrafung zu veranlassen. Verdorbene Butter, die noch von der vorigen Troppe an Bord war, sowie faulendes Salzfleisch wurde der Mannschaft des Hamburger Dampfers „Hornfels“ auf der Reise verübt. Solche unerhörte und ekelhafte Entzehrung macht ersichtlich, daß die Mannschaft mehr tot als lebendig aussieht, wenn sie von einer Afrikareise zurückkehrt; die Wissenschaft hat vorflattert, daß Krankheiten, wie die Sepsis, Typhus und der Stomatitis bei genügender Wassergabe nicht auftreten. Gegen solchen Raubbau an ihrer Gesundheit ist die Mannschaft zu Lande wie zu Wasser wehrlos. Die absolute Gewalt, die Kapitäne und Offiziere an Bord ausüben, hängt Matrosen und Heizer an einer willkürlichen Kontrolle der Spülhäuschen; am Lande aber, wo die Gerechte zu sprechen haben, werden die unteren Chargen entweder gar nicht oder nur höchst selten zu Strafen ernannt.

Obwohl die Vorwürfe die Nachmittagsitzung wurde völlig durch das Recht des Vorsitzenden Müller ausgefüllt, daß in den Verlangen noch bessere gesetzgeberische Maßnahmen zu prüfen seien der Seelute ausklarg. Eine Diskussion erfolgte nicht; die Versammlung stimmt vielmehr einheitlich einer Resolution zu, in der auf die Rückständigkeit der heutigen Seestraßenordnung hingewiesen wird. Bessere Behandlung der Arbeiterschaft, verstärkter Schutz von Leben und Gesundheit der Seelute, Sicherung der Rechtsverhältnisse, Fürsorge für Klippel und Schleie, Erhöhung der heutigen Mindestlöhne um 15–20 Prozent und ein einheitlicher Überstandslohn von 50 Pf. Revision der Seemannsordnung, Kontrolle der Seeschiffnahmen an Bord durch Seelute, Revision der Speiserolle, Stellung der Seelute unter das Krankenversicherungsgesetz, ein Reichsbarmannungs- und ein Els- und Brüderlade-Gesetz: das sind im wesentlichen die Forderungen, die in der Resolution erhoben werden.

Auf der Tagessitzung des Kongresses steht noch die soziale Fürsorge für die Hafenarbeiter, Steuenschiffer, Hafner, Haftrichter und Heizer, sowie die Umsatz- und Einkunftsgehoer der Arbeiter auf den deutschen Werften

und die Mittel zu ihrer Verhütung. Referenten zu diesen Fragen sind die Verbandsvorsitzenden Johann Döring-Hamburg und Karl Kirschner-Berlin, sowie der Arbeitersekretär Rudolf Williell-Berlin. Außerdem hat der Kongress noch über die Errichtung eines ständigen Schulkomitees für die in der Schiffahrt und am Schiffbau beteiligten Arbeiter zu beschließen.

Wie der Fabriksarbeiterkongress und die Hüttenarbeiterausstellung kann auch der Seemannskongress die Regierung und die herrschenden Klassen darüber belehren, daß die „Kompottschüssel“ der Arbeiter keineswegs voll ist; aus dem Referat des ersten Tages ist vielmehr zu entnehmen, daß die Seelute eine solche „Kompottschüssel“ noch nicht einmal von fern gesehen haben!

W. S.

Wahlrecht und Wahlleben.

Der Schäfekunden-Arbeitstag ist nicht mehr nur ein Traum in — Australien. Obwohl dort der Arbeitstag die Norm blieb, gibt es doch noch viel Arbeitlose, besonders in den Bergdistrikten. Um nun das Ubel von der Wurzel aus zu kurieren, ist bereits die Belegschaft einiger Bergwerke mit Untersuchung der Bergarbeiter-Union zur Bekämpfung des Schäfekundentages in den Streik getreten und unsere australischen Bürger haben die volle Bürde gesucht, daß sie bei dem unbefriedigten großen Erfolge der dortigen Arbeiterschaft auf die geläufige Regierungsmaschine, diesmal ebenso schnell und gründlich Erfolg haben werden, wie früher bei ihrem kurzen Kampfe um den Arbeitstag.

Vergehen gegen § 153 – 5 Monate Gefängnis. Der Vorwurf der Verwaltungswille Hansover-Linden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genfle, hat auf fünf Monate das Gefängnis beglichen müssen. Er soll ausländisch des Streiks in einer Waggonfabrik sich gegen den berühmten § 153 vergangen und außerdem einen Rechtsanwalt belebt haben. Das Schöffengericht hatte ihn zuerst freigesprochen. — Ein Opfer des Plattenstaats!

Wegen angeblicher Aufreizung zu Gewalttätigkeiten wurde Genfle Däumig, Redakteur unseres Hilfsleiters, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Märzfeier, die in Preußen mit einer erneuten Demonstration gegen das Diktatorenrecht verbunden war, ist offenbar in impoanter Form verlaufen.

Das Wahl- und Wahlrecht.

Bei einer Bootsfahrt auf dem Tegeler See bei Berlin sind vier junge Männer ertrunken.

Zweieinhalb Jahre anschuldig im Buchthaus gesessen. In Wiederaufnahme-Verfahren wurde vom Dorimunder Schörgericht ein Mann freigesprochen, der seinerzeit wegen Straftäters zu sechs Jahren Buchthaus verurteilt worden ist und von dieser Strafe schon 2½ Jahre verbüßt. Es gelang dem Manne, seine völlige Unschuld nachzuweisen. Es hat der größten Anstrengungen bedurft, um das Wiederaufnahme-Verfahren zu erzwingen.

Risiko der Arbeit. In Lüben stürzte ein Gerüst ein, auf dem sich der Dachdeckermeister Großmann und der Arbeiter Schirke befanden. Schirke wurde hierbei getötet, Großmann Lebensgefährlich verletzt. Schirke hinterläßt Frau und acht Kinder.

Mord und Selbstmord. Wie aus Lünen (Prov. Westfalen) berichtet wird, verletzte der von seiner Frau getrennt lebende Arbeiter Becker seine Schwermutter durch einen Schuß in den Leib tödlich und brachte seiner Frau einen Schuß in den Hals bei. Becker tötete sich dann selbst durch einen Schuß in den Kopf.

Leben der Woche vor mir und ich glaube, es wird mir verziehen werden. Und sie weint.

„Sie haben mich in der Tat für den unangenehmen Aufsatz meiner Geburt schwer bestraft, wenn er mich Ihrer bereut.“

„Nicht so,“ sagte sie weinend; „ich werde nie eine Brant der Erde sein, und gäbe es nicht Einen, dessen Ansprüche an mich, obgleich edlich, doch unübersteiglich sind, so hätte ich schon vor dieser Welt meine ererbten Sorgen im Kloster vergessen.“

Während dieser ganzen Zeit hatte Egremont Sybil's Hand in der seinen gehalten; sie hatte auch nicht verachtet, sie zurück zu ziehen. Er hatte den Kopf über ihre Hand gelegt, während er sprach; sie war von Tränen benetzt.

Eine Augenblick herzliche Schweigen, dann blickte Egremont auf und mochte mit erstickter Stimme noch einen letzten Versuch, Sybil seiner Werbung freundlich zu stimmen. Er bekämpfte ihre Ansichten in Bezug auf den Wert, den die Sympathien seiner Familie und der Gesellschaft für ihn hatten; er entwidete ihr seine Hoffnungen und seine Pläne für ihr künftiges Wohlergehen; er verweiste mit leidenschaftlicher Verachtung bei seiner unerschöpflichen Liebe. Aber mit ruhiger Sanftmut und zärtlicher Unbedugsamkeit wies sie alle seine Bemühungen zurück. Tränen rollten ihr die schönen Wangen herab, und während sie seine Hand mit beiden Händen drückte, schloß sie mit den Worten: „Glauben Sie mir, die Kluft ist unübersteiglich.“

Buch IV.

Erstes Kapitel.

„Schreckliche Nachrichten aus Birmingham“, sagte Herr Egerton, ein berühmtes Clubmitglied, bei Brooks. (Ein conservativer Londoner Club). „Sie haben die Polizei niedergemacht, das Militär in die Flucht geschlagen und die Stadt gepillert. Das sind die neuesten Nachrichten.“

Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Israelt.
Übersetzung von Natalie Bleiblach.

42 Fortsetzung.

Sybil fuhr auf, und sah sich erregt, fast erschrocken, während er bebend die Worte herostammelte: „Vossen Sie mich Ihnen meine Anbetung ausdrücken. Ach, nicht zum ersten Mal, aber nie immer. Vom ersten Augenblick an, wo ich Sie in der Sternbeleuchteten Ruine von Marny erblickte, hat Ihr Geist mein ganzes Wesen beherrscht und alle meine Aktionen gefärbt. Ich folgte Ihnen in Ihr Heim und lebte eine Stunde lang in voller Anbetung Ihrer Natur. Als ich den letzten Morgen in Ihre Wohnung kam, geschah es, um Ihnen Alles zu erzählen, Alles zu sagen. Seitdem ist Ihr Bild nicht für einen Augenblick aus meiner Seele gewichen; es wohnt meinen Händen, und Ihre Beifall war der Sporn meiner Tätigkeit. Verwerfen Sie nicht meine Liebe, sie ist tief wie Ihre Natur, wahr wie meine eigene. Verbannen Sie jene Vorurteile, die Ihr Leben verbittert haben, und die, wenn Sie bei Ihnen beharrten, das meine zerstören werden. Wiedergießen Sie mich, diese Hand anzunehmen. Bin ich auch ein Edelman, so habe ich keines der Vorurteile und keines der Vorurteile des Adels. Ich kann Ihnen nicht Reichtum, nicht Glanz und Macht anbieten, aber ich kann Ihnen die Hingabe eines beglückten Menschen darbringen, ein Streben, das Sie leiten, das Sie lenken sollen.“

„Diese Worte sind geheimnisvoll und phantastisch“, sagte Sybil mit beschränkter Miene; „sie kommen mit bezaubernder Phantasie über mich.“ Mit einem schwerzischen Ausdruck hielt sie einen Augenblick inne, als wolle sie ihre Gedanken sammeln.

„Diese Wechselseite, diese Veränderungen sind so wunderbar, so rasch, daß es mir scheint, ich könnte sie nicht fassen.

Sie sind Voss' Narrens Bruder — es war erst gestern — erst gestern, daß ich es erfuhr. Ich dachte dann, ich hätte Ihre Freundschaft verloren, und nun sprechen Sie von — Liebe! Liebe zu mir! Ich soll Ihre Hand annehmen, Ihre Leben und Ihr Glück teilen! Sie vergessen, was ich bin. Aber obgleich ich erst gestern hörte, wer und was Sie sind, will ich Sie nicht lange im Unklaren lassen. Sie schreiten einmal auf ein Blatt. Sie wären mein treuer Freund; und ich habe oft mit Vergnügen über diese Zeilen nachgedacht. Ich will Ihre treue Freudin sein, ich will Sie zu sich selbst zurückführen. Es wird Ihnen wenigstens keine Schande und keine Erniedrigung bringen.“

„Oh Sybil, geliebte, schne Sybil, — keine solch harten Worte! Nein, nein!“

„Nicht bitter gegen Sie! Das wäre in der Tat unverzeihlich; und Sie bedeckte Ihre überflödenden Augen mit der Hand.

„Wie, was ist Ihr Will?“ rief sie nach einer Pause mit Anstrengung. „Eine Verbindung zwischen dem Sohn und Vater der Adeligen und einer Tochter des Volkes, das wäre für Sie die Verlösung aus Ihrer Familie und mit Recht — die Hoffnungen der Christen zerstört, ihr Stolz — alle Vorurteile Ihrer Klasse mit Füßen getreten. Sie würden die ganze Weltlichkeit verwirken, jedes Mittel gesellschaftlichen Erfolges verlieren. Die Gesellschaft würde zu einem großen Bund werden, um Sie der Möglichkeit des Glücks zu beraubten. Und mit Recht. Wären Sie nicht ein Brüder an der Sache der Christen? Nein, nein, lieber Freund, denn so will ich Sie nennen. Ihre Meinung von mir, zu gut und zu hoch, das weiß ich wohl, rißt mich tief. Ich bin an solche Aufregungen nicht gewöhnt; ich habe höchstens davon gelesen. Verzeihen Sie mir, fühlen Sie für mich, wenn ich etwas aus der Koffnung gekommen bin. Ich habe solche Worte zum ersten Mal — und zum letzten Mal. Vielleicht hätten Sie nie mein Ohr erreichen sollen. Doch nun — gleichviel. Ich habe ein

Selbst gestellt. Der Buchbindermästler Friedrich Fischer aus Barmen stellte sich der Elberfelder Kriminalpolizei, indem er sich selbst beschuldigte, im Jahre 1903 seine Frau erbrochen zu haben.

Wozu hat man denn einen Gemeinderat? Aus Budenheim berichtet die Mainzer „Volkszeitung“: Anlässlich der Veröffentlichung des Bavarers Post, welche am Freitag Abend, bewilligte die heisige Gemeindevertretung in nicht-öffentlicher Sitzung 150 Ml. für das Mittagessen der erschienenen Geistlichen. Das ist kein verhältnismäßiger Haushaltsschätz, sondern lautere Wahrheit. Von dem Geld der Budenheimer Steuerzahler müssten die armen Herren gespeist werden; man sah es ihnen auch an, daß sie bedürftiger waren als irgend eine arme Witwe am Ort.

Vergiftung. Im Dörre Gute erkannte die Familie des Fabrikarbeiters Frank nach Genuss von Kaffee unter Vergiftungsercheinungen. Zwei Kinder der Familie starben.

Der Postfokus auf der Anklagebank. Vor dem Schwurgericht in Trier stand der 28jährige Postbote Joachim Stroh wegen Unterschlupfung und Urkundenfälschung. Es handelt sich um Verträge von 150 und 80 Ml. Der Staatsanwalt stellte einen als Belege erachtenen Postgeschenk, wie es war, daß der Angeklagte nur ein Tagsgeld von 1,80 Ml. erhalten wußte, wobei er noch jährlich 650 Ml. für die Dienstleistung zahlten mußte. Der Beamte erwiderte, im benachbarten Wenau sei ein anderer Postbote, der eine Frau und sechs Kinder habe und nur 1,50 Ml. — in Buchstaben: eine Mark und fünfzig Pfennige — pro Tag erhalten. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Überfall. Eine bulgarische Bande drang unter Führung eines Rumänen in das griechische Dorf Nissi Taza Berria ein, töötete zwei Einwohner und stiebte 26 Häuser in Brand. Auch in dem Dörre Lomista wurde ein Einwohner getötet.

Vom Tode auferstanden. Ein ergötzliches Gesichtchen ereignete sich jüngst in einem entlegenen Dörre Serbiens. Da wohnte ein wiediger Greis, dessen Finanzen sich durchaus auf osteuropäischer Höhe hielten. Wieder war er einmal verurteilt worden, eine Schulde zu begleichen, und er kümmerte sich weiter nicht um das Urteil. Doch aber ließ sich der Gläubiger auf die Dauer nicht gefallen und so schickte er einen Gerichtsvollzieher in das Dörre. Der alte Bauer hörte davon, war aber gar nicht in der Stimmung, zu zahlen. Also entschloß er sich, zu sterben. Er rief seine gute alte, ließ sich seterlich aufbauen, Kerzen anzünden, und nun begann eine große Komödie. Die Nachbarn wurden herbeigerufen, und als der Gerichtsvollzieher kam, hörte er ein lautes Wehklagen im ganzen Hause. Zum kam aber der Tote etwas verdächtig vor, und so benutzte er einen Augenschuß, in dem er nicht beobachtet wurde, und trat an die Leiche heran. Mit der linken Hand schloß er ihr den Mund, mit der andern die Nase. Das hielt der alte Bauer natürlich nicht lange aus — er sprang plötzlich auf und schrie: „Ich erwache!“ — Der alte mußte nun seine Totenkleidung schleunigst ausziehen und zuschauen, wie der Gerichtsvollzieher die Möbel pfändete.

Schweres Erdbeben. In Nagi auf Formosa wurden mehrere hundert Gebäude durch ein schweres Erdbeben zerstört, viele hundert Menschen wurden getötet und eine große Anzahl verwundet.

Bei dem Eisenbahnunglück in Colorado sind, wie jetzt festgestellt ist, insgesamt 55 Personen umgekommen.

Literarisches.

„**Steuer und Gebühren.**“ Die von Paul Hirsch herausgegebene Sammlung kommunalpolitischer Abhandlungen, im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erscheint, ist um eine neue, lehrreiche Arbeit bereichert worden. Hugo Lindemann hat in Heft V das wichtige Gebiet der „Steuer und Gebühren“ behandelt. Gerade dieser Frage ist bisher nicht die genügende Beachtung geschenkt worden. Wohl hat die Sozialdemokratie bestimmte Grundsätze hierfür aufgestellt, aber ihre Propagierung wird den sozialdemokratischen Vertretern in den Gemeinden erheblich erschwert, da ihnen das zur Begründung erforderliche Material nicht zur Verfügung steht. Diese Lücke in unserer Literatur füllt das neue, drei Bogen starke Heft aus. Bei der befrankten Steuerautonomie der Gemeinden ist die Kontrolle der einschlägigen landespolizeilichen Bestimmungen unbedingte Voraussetzung für ein erprobliches Wirken in der Kommune. Auch nach dieser Richtung

„Ich weiß es schon seit zwei Stunden“, sagte ein graubärtiger Herr, ohne seine Augen von der Zeitung zu nehmen. „Das Radikal hat jetzt eine Sitzung.“

„Ich habe es immer gesagt“, meinte Herr Egerton, „unsere Leute hätten diesen Arbeiter-Korvent unterdrücken sollen. Die Chartisten handeln augenscheinlich nach einem Plan. Sie waren ganz still bis die nationale Petition übergeben und befehlert war; und betraute gleichzeitig mit unserer Bekämpfung, ihre Petition in Betracht zu ziehen, erhalten wir die Nachricht von diesem Ausbruch.“

„Ich hoffe, die Narren werden sich nicht ausbreiten“, sagte der graulöpfige Herr. „Es sind nicht Truppen genug im Lande, wenn es eine allgemeine Bewegung gäbe. Ich höre, man hat die Garde mit einem Exzesszug nach Birmingham geschickt und noch 100 Mann Polizei; London hat nicht viel Militär.“

„Man ist in Birmingham immer bereit zu einem Putsch“, bemerkte ein Paar aus Warwickshire. „Das Geschäft geht dort sehr schlecht, die Arbeiter leiden sehr. Aber ich glaube, es wird nicht weiter um sich greifen.“

„Wir wurde mitgeteilt“, sagte der graulöpfige Herr, „dass das Geschäft in allen Distrikten sehr flau ist.“

„Es könnte besser gehen“, meinte Herr Egerton, „aber die Leute haben wenigstens Arbeit.“

„Nun kommt einige Herren herein, um nachzufragen, ob die Amtsstellen schon da wären, und welche Nachrichten man von Birmingham habe.“

„Wir wurde erzählt“, sagte einer von ihnen, „dass die Polizei richtig zusammengezogen wurde.“

„Ist das wahr, dass das Militär wirklich zurückgeschlagen wurde?“

„Ganz unwahr; Tatsache ist, dass keine beförderten Vorberichter getroffen waren; die Stadt wurde überrascht.“

hier hat Lubemann die ihm gestellte Aufgabe gelöst. Die Broschüre ist sorgfältig geschrieben und gibt in gewissenhafter Weise Aufschluß über eine Reihe von Fragen, die fast täglich an die in der Praxis stehenden Genossen herantreten. Der Preis für die Broschüre ist 60 Pf.; eine Agitationsausgabe kostet 30 Pf. Alle Parteibuchhandlungen liefern diese Broschüre, sowie sämtliche in dieser Sammlung bisher erschienenen.

Der „Wahre Jakob“ hat vorne die 6 Nummer seines 23. Jahrgangs erscheinen lassen. Auf dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Im Hotel Bülow“ und „Die privilegierte Harmonie“, sowie die Illustrationen „Berliner Schriftsteller“, „Ein neues Denkmal für den Schloßplatz in Berlin“, „Der liebe Herrscher“, „Sotschki-Herrlichkeit“, „Der Minenkampf der Staatsformen in Russland und die deutsche Überholzmaus als Preßhüter“ und „Vom Reichskanzler“. Ferner enthält die Nummer die Porträts von vier Märtyrern der russischen Freiheitsbewegung, von Otto Gathen, Ettore Mistral, David Stenzel und dem letzteren Ettore zum Tore vermittelten Veniant Schmidt, dem Führer der Rebellion von Semipol. Der vierte Teil der Nummer bringt die Gedichte „Märzgedanken“, „März betrachtungen eines Moskuitzgers“, „Maulosentum“, „Wieder Geschwindheit“ von Paul Eudeling, „Die steckende Proletarier an seinem Sohn“ und außer zahlreichen kleinen Beiträgen das satirische Frühstück „Die Einigung der Mächte in Uruguay“ und „Die Schneiderin“, eine Novelle von Max Eitelberg. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Stager), ist ursprünglich Nr. 6 des 16. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zum 18. März. Von G. L. — Die Nürnberger Dienstboten führen sich. Von Helene Grünberg. — Die britische Arbeiterpartei und das Frauenwahlrecht. Von M. Beer. — Von der Heimarbeitsschlacht in Berlin: IV. Konfektion und Wäsche. V. Die Metallarbeiter. Von m. l. — Erziehung ohne Prügel. Von Heinrich Schulz. — Das Frauenstimmberecht im Reichstag. II. — Was der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationsfrauen. — Jahresbericht von der Kreisvertreterin des sächsischen Wahlkreises Dresden-Land. — Jahresbericht der Kreisvertreterin für Cottbus und Preßl. — Verhaftung von Rosa Luxemburg in Warschau. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Katenstein. — Notizen: Soziale Belehrung. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisationen. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenstimmberecht. — Ver einsrecht der Frauen. — Frauenbewegung. — Sängergesellschaft der Frauen. — Feuilleton: Märzensturm. Von Ernst Hardel. (Gedicht). — Besichtigungsnachweis. Von Ludwig Thoma. — Die Heimarbeitserin. Von Emma Döhl. (Gedicht). — Veränderte Welt. Von Nikolaus Lenau. (Gedicht). — Für unsere Kinder: Ueberzeugung. Von Karl Gustow. (Gedicht). — Sepp, der Tunichtig. Von Anton Ferdinand Feuerspach. (Gedicht). — Ueber Plastiken. Von Brand. — Meeresville. Von H. Heine. (Gedicht). — Zum Andenken an Jumbo. Ein Naturmärchen v. Hebe. (Forts.). — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bezugsgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Ml.

Standesamtliche Nachrichten

vom 11. bis 17. März 1906.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

5. März. Schuhmacher M. W. B. Speezen. Zigarrenmacher H. F. J. Benjien. 6. Arbeiter G. C. H. W. Döring. 7. Arbeiter J. W. B. Befeld. 8. Stallmeister J. F. H. Sternbogen. Inhaber eines Wach- und Schließ-Instituts L. L. Weinmann. Stationsarbeiter H. C. H. Becker. 9. Armenaufseher W. F. C. Runge. Arbeiter W. H. J. Frohriem. 10. Buchdrucker H. A. Segelbele. Höfer H. B. Eckmann. 11. Hochofen H. F. H. Baeke. Tischler J. F. Koenig. Schmid A. A. Dinter. 12. Arbeiter J. F. W. Steder. Feuermann G. J. F. Grandau. Arbeiter W. A. Bergmann. Arbeiter W. F. H. Rehle. Maurer J. F. W. Hubossky. 13. Medizinalrat Physisus Dr. med. C. G. F. Riedel. 14. Eisenbahnwagenschieber J. H. Govers. Tiefbauunternehmer R. A. Liebemann.

die Behörden verloren den Kopf, was Wolf war Herr des Platzes, und als die Polizei eingriff, trat ihr eine siegesstolze Menge entgegen, die zwei Stunden früher vor ihr geflohen wäre. Man sagt, sie hätten ungefähr vierzig Häuser niedergebrannt.“

„Es ist eine schlechte Geschichte — diese Niederlage der Polizei,“ sagte der graulöpfige Herr. „Aber was ist jetzt der Stand der Dinge?“ fragt ein anderer Herr. „Sind die Auführer wieder geworfen?“

„Nicht im Geringsten,“ erwiderte Herr Egerton, „wie ich höre, lag es in dem Bull Ring, hinterher rauchender Ruinen und atmen nichts als Verbrennung.“

„Ich stimme dafür, die nationale Petition in Betracht zu ziehen,“ sagte ein anderer Herr. „Es könnte uns nicht schaden und würde das Volk richtig gehalten haben.“

„Das ist ein jeder auf unserer Seite,“ meinte Herr Egerton, „der nicht im Amt war oder keine Aussicht hatte, in's Amt zu kommen —, der Himmel weiß, was uns noch bevorsteht. Die Charta wird eines Tages in diesem Klub so populär sein, wie die Reformbill.“

„Das Auftauchen in dieser Debatte,“ bemerkte der andere Herr, „war Egremonts Schachzug.“

„Ich sah Marry gestern Abend bei Lady St. Julian,“ sagte das Clubmitglied, welches zuerst gesprochen, „und gratulierte ihm zu seines Bruders Rede. Er blickte Dolche und sah aus wie ein Bärwolf.“

„Es war eine sehr merkwürdige Rede, die Egremonts,“ meinte der graulöpfige Herr. „Ich bin neugierig, was er will.“

„Ich glaube, er geht unter die Radikalen,“ sagte der Paar von Warwickshire.

„Aber die ganze Rede war gegen den Radikalismus,“ meinte der andere Herr.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

4. März. Lapeyer J. W. B. Niedert. 5. Feuermann A. D. W. H. L. Müller. 6. Arbeiter L. G. W. Noodt. 7. Küster an der Domkirche J. H. M. Glade. 9. Kaufmann G. H. H. Krichuhn. Maschinist H. H. L. Grabm. Schneider J. H. H. Suhr. Kaufmann L. G. Kraut. Schuhmann C. G. F. Schmidt. 10. Tischler J. P. N. Nesi. 11. Lapeyer J. C. H. B. Niemann. Schuhmann L. W. Bozowial. Schneider F. H. B. Niemann. 12. Arbeiter J. F. C. W. Brohl. Maler A. H. H. Böpf. Tischler N. C. A. Broich. 13. Arbeiter A. C. W. Gill.

Sterbefälle.

10. März. J. H. M. Straßen, 8 M. Privatier C. J. Th. Kleinke, 80 J. W. H. J. Sterley, 7½ M. Arbeiter C. J. Th. Bümmer, 66 J. K. B. M. Nisch. 4. L. Witzmann H. H. Meiner, 60 J. J. C. M. geb. Möller. Witwe des Zigarrenarbeiters J. Ch. J. Wohlmaru, 77 J. F. G. H. Karth, 1 J. Gemshändler J. J. F. Schuh. 63 J. H. M. W. geb. Meyer. Ehefrau des Zimmermanns G. H. H. Beck, 65 J. H. W. geb. Stollenkamp. Ehefrau des Fleischers J. J. H. Ebert, 23 J. L. Chr. M. geb. Meyer. Ehefrau des Maurers J. H. F. Laatz, 73 J. 13. Schmidmeister J. H. F. Denker, 44 J. C. G. A. Hildegard. Handlungsgesellse J. G. W. Mathias, 19 J. C. G. A. Hildegard. 26 J. 14. Landrichter a. D. Dr. jur. J. F. A. B. B. Bries. 85 J. Musiker A. H. Schlichting, 20 J. P. W. H. Bögelang, 7 J. C. G. M. geb. Nieland. Ehefrau des Arbeiters H. J. B. L. Löding, 45 J. 15. W. H. H. Lühr, 12 T. G. Romach, 8 M. 17. Ein totgeb. Mädchen, B. : Buchhändler W. H. G. Stein. M. M. B. Niemann, 62 J. Förster a. D. J. C. W. Agatz, 75 Jahre. Nutziger J. C. G. H. Hahn, 49 Jahre.

Angeordnete Ausgebote.

12. März. Oberlehrer Dr. phil. G. F. H. St. Kirschner in Hildesheim und Ihr. M. W. H. Hertel. Polizei-Sekretär G. A. F. Bub in Passeval und W. M. Niest. Stellmacher J. H. Weißmann und E. G. Horoldt. Konsulent H. W. L. Walter und E. G. C. J. Schröder. Käfer M. J. C. H. F. Krippgang und A. C. A. Böttcher. Kaufmann C. H. Edders in Altona und M. W. J. H. Schneider in Altonburg. 13. Mechaniker H. F. Neiße und D. A. F. Albrecht in Mölln. Maler C. F. A. Seemann und A. H. Naegle. Diener M. J. F. Schneider und W. J. C. Lüke. Diätar J. F. W. Feder und E. F. J. J. Seutin. Schlosser H. H. Wittsöhl und B. G. M. Chr. H. Blöß. Feilenhauer J. F. Bunge und E. G. H. Nisch. Handlungsgesellse G. F. F. Koch und J. C. G. M. Jarchow. Bücher J. J. F. H. Schmidt und A. C. H. Meyer, 14. Schneidergeselle H. G. H. Hinz in Hamburg und J. C. G. Chr. Schroeder. Bahnhofarbeiter J. H. K. Höfer in Sande und M. Chr. D. Edler in Segrabsburg und D. E. G. Stapelfeldt. Maurer P. H. J. H. Krippgang und M. H. G. Janzen. Maurer P. H. H. Albrecht und E. H. A. Diez. Maurer H. F. Th. Freitag und M. L. Struck. Kaufmann Haaton Huun und C. G. Peters in Schwartau und A. B. D. Laubi. Maurer H. F. H. Peters in Moisling und B. D. Chr. Krippgang. Bäckereimebel C. J. H. Goosmann in Schwerin und F. W. G. Meyer. Fleischbeschauer und Kässierer A. W. Spahrman und Witwe H. W. B. Krieger geb. Starf. Versicherungsbeamter W. R. Drege und A. Brähl. Tischler W. H. J. Spethmann und E. A. D. Burmann. Telegraphen-Assistent W. F. A. J. C. Rust und E. Chr. F. Kohls. Lagerist H. P. Chr. Behrens und E. M. C. Schütt. 16. Oberwachmeistersmaat J. H. C. L. Sudrow in Wilhelmshaven und A. Chr. F. Niedert. Zimmermann J. M. H. H. Hagen in Gronstadt und A. M. H. Hohloff. Schmid G. F. W. H. Becker und G. O. Oblong. Buchdruckereifaktor J. L. H. K. Stell und E. D. M. Junge. Bote J. F. Kloß und H. C. F. G. Wiende. Tischler J. A. W. Langmaat und H. W. Fid. Schiffszimmermann H. J. H. A. J. W. B. Wohlers und A. B. L. Gewohn. Handlungsgesellse H. C. H. W. Dräger und A. H. Nehren. Modellstößer J. W. D. Schumann und M. F. S. Möhrer in Grabow. 17. Monteur C. H. F. Wede und M. C. H. Lebeng, beide in Hamburg. Hotelbesitzer E. L. H. Westphal in Kappeln und M. D. F. Westphal-Maschinenschlosser Karl Gaudy in Blumenthal und E. G. M. Hinrichs. Arbeiter W. H. E. J. Kruse und C. M. M. Simon. Bureaugehälse J. H. F. Giese und E. M. C. Hecht. Schlosser H. A. Schuhmacher und A. W. M. Hohloff. Repar. Privater W. E. G. Mack und W. B. A. Nielmann geb. Ursch in Lünen. Maurerjelle J. A. Chr. Warming in Bremk und B. M. J. Timmermann in Niendorf.

Eheschließungen.

12. März. Kaufmann J. W. O. Stodte und H. G. Cagna. 15. Zigarrenmacher Chr. H. Christensen und E. Hansen. 16. Maurer H. H. M. Müller und W. L. D. Baddehausen. Kellermeister M. Inzen und G. C. Neumann. 17. Bürstenmacher H. F. Blumenhagen und T. C. D. Gelmann.

„Nun, dann wird er Whig, denke ich.“ „Er ist ein grimmiger Feind der Whigs,“ sagte der andere Herr.

„Zum Teufel, was ist er dann?“ fragte der Paar aus Warwickshire.

„Sicherlich kein Konservativer, denn Lady St. Julian tut nichts, als auf ihn schimpfen.“

„Ich denke, er hat ein Stedenpferd,“ sagte der Paar aus Warwickshire.

„Diese Stede Egremonts war die wirklich demokratische, die ich jemals gesehen habe,“ meinte der graulöpfige Herr. „Wie wurde sie angehoben?“

„D. ausgeschnitten,“ erwiderte das Clubmitglied, welches zuerst gesprochen. „Er sprach vorher sehr selten und immer nur kurz, wenn auch gut. Er wurde mit lautloser Aufmerksamkeit angehoben; niemals war das Haus besser besetzt. Ich kann sagen, er machte einen großen Eindruck, obgleich niemand recht wußte, worauf er eigentlich zielt.“

Der Ausbruch in Birmingham geschah zwei Monate nach den Ereignissen, mit welchen das vorliegende Buch schließt. Für die Chartisten war die Zeit unter Vorbereitungen für die Einbringung und Diskussion ihrer Petition verstreichen. Schließlich wurde, nach vielfachen Verzögerungen, die Petition von allen Delegierten des Nationalkonvents auf einer Triumphwagen in feierlichem Aufzug nach Westminster gefahren. Um die riesige Pergamentrolle mit ihren anderthalb Millionen Unterschriften in das Haus der Gewalten zu schaffen, mußte eine eigene Vorrichtung hergestellt werden. Die Petition lag